

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beifüllg.),
bei Zusendung unter Kreuzbam. M. 1,80.

Herausgeber: Joh. Stantingh, verantw. Redakteur: Zug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigehäuptige Petitzelle oder deren Raum 20 A.

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halten Eueren im Lohnkampf siegenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Gesetzliche Bekämpfung der Missstände im Bau-
gewerbe. — Politische Umstöße. — Erlebte Bauherrbewegungen.
Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen,
Differenzen, Verständnisnachweis des Verbandsvorstandes. — Verträge.
Centralratssitzungen. — Von Bau. — Bauarbeiterverhältnisse in
Bayern. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen.
Kongresse und Generalversammlungen. — Gewerbliche Rechtspflege und
Arbeiterverfassung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes.
— Eingegangene Schriften. — Briefstaften. — Anzeigen.

Gesetzliche Bekämpfung der Missstände im Bau- gewerbe.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des von der Regierung eingereichten Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, hat kurz vor den Osterferien ihre Arbeiten beendet. Wie wir selneit mitgeteilt haben, bewegt der Entwurf, dem § 85 der Gewerbeordnung eine Bestimmung einzufügen, wonach die polizeiliche Befähigung, die Ausübung bestimmt Gewerbe zu untersagen, „wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzulässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbetrieb darthun“, auf das Bau-gewerbe ausgedehnt wird. Der Begriff der Unzulässigkeit soll gegeben sein mit dem Nachweis des „Mangels an technischer Befähigung“. Ein solcher Mangel soll im allgemeinen nicht geltend gemacht werden können gegenüber solchen Bauunternehmern und Bauleitern, die im Besitz eines von einer bautechnischen Staatsbehörde oder einer staatlichen oder von einer ihr gleichgestellten baugewerblichen Hochschule ausgestellten Prüfungzeugnissen sich befinden, oder die von einer Innungs-Prüfungskommission die Meisterprüfung in einem zum Bau-gewerbe gehörigen Handwerk abgelegt haben. Für alle solche Personen soll ohne weiteres die Annahme gelten, daß sie die entsprechende technische Befähigung besitzen. Allerdings soll sie das nicht schützen vor der Untersagung des Gewerbetriebes, wenn sie bei Ausübung desselben sich als „unzulässig“ erweisen. Überdrom sollen die unteren Verwaltungsbehörden die Befähigung erhalten, bei solchen der bau-polizeilichen Genehmigung unterliegenden Bauten, zu deren sachgemäßer Ausführung „nach dem Er-messen des Vertrags“ ein höherer Grad praktischer Erfahrung oder technischer Vorbildung erforderlich ist, im Einzelfalle die Leitung und Ausführung des Baues durch bestimmte Personen zu untersagen, „wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß sie wegen Unzulässigkeit zur Leitung und Ausführung des beabsichtigten Baues ungeeignet sind“.

Die Regierung ist wie aus den Motiven ihres Entwurfes zu erkennen und wie ihr Vertreter im Plenum des Reichstages sowie jetzt in der Kommission näher dargelegt haben, zu diesen Vorschlägen gelangt auf Grund der an sich durchaus zutreffenden Erwagung, daß es notwendig sei, einer größeren gesetzlichen Schutz gegen unsolide Bauausführungen und speziell gegen die daraus für die Arbeiter des Bau-gewerbes sich ergebenden Unfallsgefahren zu schaffen. Sehr nachdrücklich hat die Regierung sich vorwärzt gegen die vielfach geäußerte Annahme, daß ihr Entwurf die Tendenz habe, den Befähigungsnachweis im Bau-gewerbe einzuführen. Unumwunden hat sie erklärt, daß sie nicht daran denkt, an diese Maßnahme heranzutreten, zumal feststehe, daß die überwiegende Mehrzahl der bei Bauten vorgekommenen Unfälle nicht auf Unkenntnis der Bauausführenden, sondern auf Leichtfertigkeit und Gewinnsucht, die zur Verwendung schlechter Materialien, zu gewagter Konstruktion u. dergl. verleitet, zurückzuführen sind.

Wie im Plenum, so auch in der Kommission kontroversierten die Mitglieder des Zentrums und die Konservativen die Debatte hauptsächlich auf die Frage des zünftlerischen Befähigungsnachweises. Sie versuchten, von Staats-
sekretär des Innern mindestens die Zusage zu erlangen, daß

die Regierung bereit sei, „so bald wie möglich“ an die Verwirklichung dieser „Reform“ heranzutreten. Graf v. Posadowsky wies jedoch die Zumutung entschieden zurück. Ledebur wird er nach seiner Erklärung die Regierung nicht in einen Befähigungsnachweis, wie die Bünfler und ihre Protektoren ihn verlangen, einwilligen.

Die sozialdemokratischen Vertreter unterzogen das zünftlerische Befähigungsnachweis-Ideal einer scharfen verurteilenden Kritik. Hauptfachlich aber richten sie ihr Be-mühen darauf, den Regierungsentwurf auszustalten zu einem umfassenden Bauarbeiter-schutz ge-gegen. Sie konnten sich auf die Tatsache stützen, daß die Regierung jetzt ihren Entwurf mit der Tendenz eines solchen Gesetzes engstens und un trennbar verbunden hat. Der Grund lag an sich, daß eine Bauausführung in gewissen Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen untersagt werden kann und muß, ebenso wie die sozialdemokratischen Vertreter bereits im Plenum anerkannt. Aber sie machen geltend, daß es notwendig sei, die Tatsachen, auf welche die Untersagung sich zu stützen hat, stärker und präziser gesetzlich zu fassen, als dies in der Regierungsvorlage der Fall. Da ist ganz generell nur die Rede von „Tatsachen, welche die Unzulässigkeit der Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbetrieb darthun“. Das genügt in Ansehung des vornehmlichsten Zwecks des vorgeschlagenen Gesetzes um so weniger, als der Begriff „Unzulässigkeit“ ein sehr unsicherer und dehnbarer ist. Deshalb beantragen Böhmelburg, Frohme und Gossen, dem einzufügenden § 85 folgende Fassung zu geben:

„Der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, sowie der Betrieb einzelner Zweige des Bau-gewerbes ist zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche gräßliche, aus Mangel an technischer Befähigung oder aus Leichtfertigkeit und Gewissenslosigkeit resultierende Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, oder gegen die gesetzlichen, polizeilichen oder berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, oder Arbeitsschutzbestimmungen, oder bestreitige Geschäftspraktiken bei der Bauausführung darthun.“

Dass alle die in diesem Antrage erwähnten Untersagungs-voraussetzungen verhältnismäßig werden müssen, wenn das Gesetz seinem Zweck genügen soll, wurde vom Staatssekretär des Innern unbedingt zugegeben. Jedoch vertrat er und mit ihm die Mehrheit der Kommission den Standpunkt, daß es nicht erforderlich sei, ein Gesetz, die Baus für die Ausführung der behördlichen Unterlagenbefehnis, soweit ausgestalten. Graf Posadowsky gab die protokollarisch festgelegte, also für die verbliebenen Regierungen bindende Fassierung, daß der Antrag Böhmelburg-Frohme nebst weiteren noch etwa zusstellenden Unterlagen gründlich in den von den Regierungen zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz Befestigung finden sollen. Wir sind überzeugt, daß das geschieht wird. Es kommt dann allerdings darauf an, daß diese Bestimmungen streng und gewissenhaft Anwendung von Seiten der berufenen Behörden erfahren. Geschichtlich das, wodurch die organisierte bau-gewerbliche Arbeiterschaft eifrig zu wachen hat, so wird bei Ablauf des sozialdemokratischen Antrages auch auf diesem Wege erreicht. Ausdrücklich wünschte Graf v. Posadowsky die Ausfassung der Bemerkung in das Protokoll, daß die Regierung und die Kommission sich zu dem Inhalt und der Tendenz des Antrages bekennen und daß seine Ablehnung lediglich erfolgt sei in der Ausfassung seiner Bemerkung in den Ausführungsanweisungen.

Das ist eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft im Interesse der bau-gewerblichen Arbeiterschaft. Im Zusammenhang damit legten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder enttäuschten Wert darauf, daß das neue Gesetz, das ja nach offizieller Darlegung der „Befestigung der im Bau-gewerbe herrschenden Missstände“ dienen soll, auch die Frage des Bauarbeiter-schutzes gründlich und umfassend regelt. Die ganz Denkbare des Vorlage zwingt logisch zu dieser Regelung. Dementsprechend halten die sozialdemokratischen Vertreter beantragt, dem Titel VII der Gewerbeordnung einen neuen Abschnitt, der speziell von den Arbeitern des Bau-gewerbes handelt, einzufügen. In diesem Antrage, drei Paragraphen umfassend, sind all die Vorschläge, die der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereichten Bauarbeiter-schutz-Gesetz enthalten, ihren Hauptpunkten nach in gebändiger Form und redaktioneller Umgestaltung zusammenge stellt. Der erste der vorgeschlagenen Paragraphen behandelt die solidarische Verpflichtung der Bauunternehmer und Bauherrn, den Betrieb so einzurichten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Der zweite Paragraph betrifft den Erlass von Unfallverhütungs-Normalvorschriften durch das Reichsversicherungsamt unter Ausgestaltung von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter des Bau-gewerbes. Der dritte Paragraph trifft Bestimmungen, betreffend die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durchführung der Schubvorschriften durch besondere Baupolizeibehörden unter Beteiligung von Vertretern der Arbeiter, die Wahl dieser Vertreter usw. usw.

Sowohl von den Regierungsvertretern, wie von den Reihern aller in der Kommission vertretenen Fraktionen wurde die Notwendigkeit einer verschärften Baukontrolle ausdrücklich anerkannt. Nur über die Zugabe von Arbeitern war man geteilter Meinung. Im allgemeinen hielt man an der ganz hofflosen Ansicht fest, daß die Frage des Bauarbeiter-schutzes generell nicht rechtsgekennzeichnet werden könnte. So wurde denn diese wichtige Frage mit der Annahme einer vom Zentrum beantragten Resolution abgetan, die dem Reichstage empfohlen, „die verbindlichen Regelungen zu erüben.“

a) zunächst halb einen Gesetzesentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung, vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Baukontrolle (§ 189b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden;

b) Verordnungen zum Schutz der Bauarbeiter auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung zu erlassen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Plenum den von der Kommission, nur unwe sentlich veränderten Entwurf und die vorgeschlagene Resolution annehmen wird. Trotz dieser Voraussetzung dürfen die sozialdemokratischen Vertreter ihre Vorstöße nochmals im Plenum bei der zweiten und dritten Lesung unterbreiten und eingehend begründen, sei es auch nur, um auf dieser Grundlage auch im Plenum nicht minder erschöpfend, wie sie es in der Kommission getan haben, die Missstände darzulegen, unter denen die Arbeiter im Bau-gewerbe zu leiden haben. Wir dürfen wohl sagen, daß sowohl die Regierungsvertreter, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Kommission, aus den diesbezüglichen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner gelernt haben. Dafür, daß die Frage der gesetzlichen Regelung des Bauarbeiter-schutzes nicht einschlägt, wird die organisierte Bauarbeiter-schaft und die Sozialdemokratie sorgen.

Politische Umschau.

zwischen dem Präsidium und dem Senatorenkollegium des Reichstages einerseits und der Regierung andererseits ist, unter Zustimmung aller Fraktionen, vereinbart worden, die dringendsten Vorlagen bis spätestens zum 30. Mai zu erledigen und dann die Verhandlungen bis Mitte November zu befragen. Es handelt sich in erster Linie um die Erledigung des Staats. Da es bis zum 1. April, dem Beginn des neuen Rechnungsjahres, nicht zu Ende beraten werden konnte, wurde ein Notgesez erlassen werden, das bis Ende Mai vorliegt trifft. Also muss vor Ablauf dieser Frist die definitive Erledigung erfolgen, wenn man nicht nochmals mit einem Notgesez sich befriedigen will. Freiheit ein Interesse, diese Erledigung noch weiter hinauszuschieben, besteht auf keiner Seite.

Weiter kommen die Steuervorlagen in Betracht. Sie sind in verflossener Woche in zweiter Lesung erledigt worden und haben nun noch die dritte Lesung zu beenden, die höchst wahrscheinlich an den in zweiter Lesung geführten Beschlüssen nichts ändern wird. Es ist sicher, dass dem Volke viele neue Belastungen erwachsen: Biersteuer, Zigarettensteuer, Fahrkartensteuer. Außerdem ist eine Automobilsteuer und eine Geschäftsteuer, sowie die Bewertung der Tantzenmen, die von Gesellschaften am Aufzugsstairt usw. geschafft werden, beschlossen. Die Quittungssteuer hingegen ist abgelehnt worden.

Wir werden über die neuen Steuern nach Erledigung der dritten Beratung unsrer Leser unterrichten. Für die allerdringlichste unvollkommene Geschäftsteuer und die Tantzensteuer traten auch die Sozialdemokraten ein. Sie sehen darin mit Recht einen ersten Schritt zu den direkten Reichsteuern, deren Einführung sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien, soweit sie bis jetzt noch Gegner dieser einzigen gerechten Besteuerungssart sind, auf die Dauer nicht werden widerstehen können. Die Sozialdemokratische Fraktion brachte eine Resolution ein: den Reichskanzler anzuzeigen, dem die Abstimmung einer Gesetzesvorlage vorgelegen, wonach Reichs-Einkommens- und Reichs-Berndungssteuern mit steuerlichen Steigungen der Steuern eingeführt und in Verbindung damit die breiten Volksmassen bedrückenden Verbrauchsabgaben, insbesondere die Abgaben auf Salz, Petroleum und Zucker, abgeschafft werden.

Die Resolution wurde zwar abgelehnt, aber das darin ausgesprochene steuerpolitische Prinzip wird sich durchdringen.

Die Regierung bringt darauf, dass vor der Vertragung auch noch die Militärpensionsgesetze zur Verabschiedung gebracht werden. Ob das aber möglich sein wird, erscheint noch fraglich. Das Flottengesetz hingegen dürfte seine Erledigung noch finden; ebenso das Dienstgesetz, das nach den Beschlüssen der Kommission einige nicht unerhebliche Veränderungen erfahren soll. Die zweite Beratung dieser Vorlage stand am 12. Mai statt. Sie wurde in der Fassung der Kommission angenommen. Die wesentlichen Abänderungen sind folgende:

Während die Regierung die freie Eisenbahnhaftr auf der Strecke zwischen dem Wohnorte der Abgeordneten und dem Sitz des Reichstages für die Dauer der Sitzungsperiode beschränkt will, ist nunmehr beschlossen, dass die Freiheit auf alle deutsche Eisenbahnen sich erstreckt. Sie auf die ganze Legislaturperiode ausgedehnen, wie die Sozialdemokraten und Freisinnigen gefordert haben, weigert die Regierung sich entschieden. Es bleibt bei der selbigeren Einschöpfung der freien Fahrt während der Dauer der Sitzungsperiode sowie auf Tage vor deren Beginn und auf Tage nach deren Schluß.

Die den Abgeordneten aus der Reichskasse jährlich zu zahlende Aufwandsentschädigung von insgesamt M. 8000 ist beibehalten worden. Nur ihre Auszahlung hat eine etwas andere Einsetzung erfahren. Die Regierungsvorlage hat vier monatliche Zahlungen (1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April) mit je M. 500 vorgesehen. Beslossen sind fünf Monatszinsen mit je M. 400, beginnend am 1. Dezember. Der Rest von M. 1000 wird am Tage der nach Art. 26 der Reichsverfassung erfolgenden Vertragung oder Schließung des Reichstages zahlbar.

Entgegen dem Vorschlag der Regierung, dass für jeden Tag, an dem das Mitglied des Reichstages der Plenarsitzung ferngeblieben ist, von der nächstfolgenden Entschädigungsrate ein Betrag von M. 30 in Abzug gebracht werden soll, ist dieser Abzug auf M. 20 festgesetzt worden.

Die Bestimmungen über den Anwesenheitsnachweis sind dahin abgeändert worden:

Die Anwesenheit in der Plenarsitzung wird dadurch nachgewiesen, dass das Mitglied sich während der Dauer der Sitzung in einer Anwesenheitsliste einträgt.

Wer an einer namenlichen Abstimmung nicht teilnimmt, gilt im Sinne dieses Gesetzes als abwesend, auch wenn er sich in die Liste eingeschlagen hat.

Die erste Bestimmung stimmen auch die Sozialdemokraten, die letztere aber wurde sowohl von ihnen wie von den Freisinnigen entschieden befohlen. Mit Recht. Denn offenbar soll durch sie ein Zwang zur Teilnahme an den namenlichen Abstimmungen ausgeübt werden, und zwar zwecks Verhinderung obstruktioneller Herbeiführung der Beschlussfähigkeit des Hauses — einer Taktik, die unter Umständen gebräucht gehabt ist, um dem Zustandekommen schlechter Gesetze entgegenzuwirken. Solch ein Zwang zur Teilnahme an namenlicher Abstimmung ist nicht nur unangebracht, ein Eingriff in die Freiheit parlamentarischer resp. fraktioneller oder persönlicher Einschöpfung, sondern auch eine Widerprüfung in Anbetracht der Tatsache, dass für die Teilnahme an allen konstigen Abstimmungen ein Zwang nicht besteht, obwohl es in der Regel nicht minder wichtig, ja häufig noch viel wichtiger sind, als namenliche, die auf Antrag von 50 Mitgliedern erfolgen und nicht selten nur eine taktische Bedeutung haben.

Möglich, dass in der dritten Lesung der Strafantragsbeitrag von 80 M. wieder hergestellt wird, um einen gerechten Ausgleich gegenüber den Mitgliedern des Reichstages, die zugleich als Mitglieder einer anderen politischen Körperschaft Diäten beziehen, herbeizuführen. Zu übrigen aber dürfte es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung bleiben. Wenn unser Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, wird die Diätenvorlage in dritter Lesung, also definitiv

erledigt sein. Und das neue Gesetz wird dann sofort, mit dem Tage seiner Verkündigung, in Kraft treten.

Annahme fand auch folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen, die Geschäftsförderungskommission zu beauftragen, zu erwägen, ob die Bestimmungen über den Zeitpunkt der Einbringung von namenlichen Abstimmungen abändern sind und ob die Sonnabends- und Montagsessungen in der Regel ausfallen können.

Die hierüber erforderlich werdenbenden Anhängerungsanträge sind tunlichst noch in dieser Tagung dem Plenum vorzulegen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen diese Resolution, denn ihr kann nicht entsprochen werden, ohne dass die parlamentarischen Geschäfte, besonders die Beratungen der Finanzabstimmungen, eine erhebliche und keineswegs wünschenswerte Beeinträchtigung erfahren. Leider verbindet sich ja mit der ganzen Vorlage die Tendenz, die Tätigkeit des Parlaments einzuschränken zu unterwerfen.

* * *

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelt über Eingaben von Handelsverbänden und Innungsausschüssen, betreffend die Forderung des allgemeinen Befreiungsnachweises. Es wird darin protestiert gegen den diese Forderung abwehrenden Beschluss des Cölnischen Handels- und Gewerbevereins, und die Erwartung ausgesprochen, dass endlich die verbliebenen Regierungen einen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Befreiungsnachweises in Vorlage bringen, sowie das als gegebenen Körperschaften ihren bisherigen Standpunkt in der Frage des Befreiungsnachweises nicht verlassen werden.

In der Kommission gab nun der Geheim-Deputiertenrat Spielarten als Regierungskommissar die Erklärung ab, es sei ihm nichts davon bekannt, dass in der Sitzung der Bar der Duma angesteht wird und welche sie sich zu eröbern vermöge, steht noch dahin. Wenn es nach dem Willen des bisherigen "Selbstherrschers" und seiner Berater geht, so wird die Duma nur ein Scheinparlament, wohl noch unter dem Range des preußischen Abgeordnetenhauses, sein. Eine andere Frage ist es, ob sich das russische Volk eine solche Vertretung gefallen lassen wird. Die sozialistische Arbeiterschaft und zum Teil auch die Bauernschaft haben die Revolution noch nicht aufgegeben. Die sozialdemokratische Partei hat Wahlbehauptung proklamiert. Die bürgerliche Gesellschaft, soweit sie an der Revolution beteiligt war, gefordert sich auch augenblicklich noch recht demokratisch, wie ich aber allein Anhänger nach sehr eingerichtet, gegen wirtschaftliche Vorteile die Volksrechte preiszugeben.

Aus der Kommission wurde von einer Seite beantragt, über die Petitionen zur Tagessordnung überzugehen, die die in der Minderheit gebliebenen Körperschaften nicht beantragen können, dass ihrer Stellungnahme ein größeres Gewicht beizulegen sei, als dem Beschluss der Mehrheit des organisierten Handwerks. Von der Mehrheit der Kommission wurde indessen die Ansicht vertreten, dass die Aufsicht der nicht unberührlichen Minderheit der in Cöln vertreten gewesenen Verbände nicht als unberührlich behandelt werden könne. Es wurde deshalb beschlossen, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Als Material für den Biervertrag. Denn es steht fest, dass die verbliebenen Regierungen der Forderung des allgemeinen Befreiungsnachweises nicht entsprechen werden.

* * *

Der Gesetzesentwurf über die Rechtsfähigkeit der Verbraucher hat sich noch schwäbisch im Dunkel der bundesstaatlichen Altenmappe verborgen. Obgleich schon am 28. November des vorigen Jahres vom Kaiser in der Thronrede angekündigt, ist gar nicht darauf zu rechnen, dass er noch in dieser Sitzung des Reichstages zur Verhandlung gelangt. Das lässt sich schließlich dadurch erklären, dass der Reichstag reichlich damit an hat, um die von der Regierung gewünschten neuen Steuern zu apporieren, die nicht versteckt kann man, dass der Gesetzesentwurf nicht wenigstens schon veröffentlicht wird. Die zunächst daran interessierten Kreise, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, haben ein lebhaftes Interesse, die Rechtslinien zu lernen, die flinkig bei ihnen Geltung haben sollen. Diese gesellschaftliche Geheimhaltung kommt sicherlich von ungefähr: man fürchtet die Kritik und will sie nicht so möglich einschätzen. Daraus folgt, dass man Gründ zu fürchtet hat. Wäre die Sache anders, warum sollte man dann nicht den Entwurf veröffentlicht? Über der heutigen herrschende Kurs, der in Sachen der Sozialgesetzegebung durch das Wort von der vollen Kompatibilität und durch die abgebaute Hand in Breslau so treiflich illustriert wird, wird auch dieser Gesetzesentwurf seinen arbeitsfreudigen Stempel aufgebracht haben. Darum das Schweigen!

* * *

Die Achtstundentbewegung in Frankreich nimmt Dimensionen an, wie sie nach dem bisherigen Verhalten der französischen Arbeiterschaft kaum zu erwarten waren. Nach einem Bericht des "Vorwärts" vom 11. Mai sind in Paris allein jetzt über 150 000 Arbeiter im Ausstand. Allgemein ist der Streik in der Metallindustrie (etwa 85 000 Ausländer), im Baugewerbe (60 000), Wagenbau und Nebengewerbe (20 000). Von den Erbauerinnen stehen rund 10 000 im Streik, von den Typographen 8000 (die übrigen haben zu meist ihre Forderungen durchgesetzt), der größte Teil der Polizei, darunter besonders die Arbeiterschaften und Bildhauer. Die Elektroarbeiter haben den Generalstreik befohlen. Die Unternehmer der Automobilindustrie haben die Arbeiter ausgesperrt und sich gegenseitig verpflichtet, keinerlei Kongressione zu machen. Diese Industrie beschäftigt in Paris etwa 25 000 Arbeiter. Das Ende dieses Konfliktes ist nicht abzusehen.

Auch in der Provinz ist die Bewegung im Wachsen: In Lyon streiken etwa 15 000 Arbeiter. Die Unternehmer der Seidenindustrie planen eine Seidenausperrung, die weitere 80 000 betreffen würde. In Louron haben die Arbeiterarbeiter den Streik abgelehnt; in den Industriearbeiterkästen ist die Kampflosigkeit ungeschwächt. In St. Etienne gerät ein Gewerbe nach dem anderen in Bewegung. Und ähnlich ist es in allen Teilen des Landes. style="text-align: center;">* * *

Eine neue Generalstreikbewegung hat Italien ergriffen. Unfähig eines Lohnstreiks in Turin, einer sehr königstreuen Stadt, schriff die bewaffnete Macht mit gewohnter Brutalität ein. Anfangs standen etwa 8000 Textilarbeiter im Streik, bald waren es 80 000 Arbeiter aus allen verwandten Industrien. Nun waren die Fabrikanten zu Unterhandlungen bereit, aber ehe es dazu kam, ließ der Stadtrat die Polizei auf die Streitenden los. Eine Anzahl Streitender, die sich in das Genossenschaftshaus geflüchtet hatten, wurden von Polizisten ver-

folgt und in ihrem eigenen Heim durch Schüsse zum Teil tödlich verwundet. Als Antwort auf das Blutvergehen erklärten die Turiner Arbeiter den Generalstreik, der mit gewaltiger Wucht losbrach und Industrie wie Verkehr sofort lahmlegte. Alle Fabriken und fast alle Löden mussten geschlossen werden. Nur die Krankenwärter und die Drucker der Tagesblätter blieben auf Beschluss der Arbeiterschaften auf ihren Posten. Sieg gaben Behörden und Unternehmern sofort nach; die Forderungen der ursprünglich Streitenden wurden bewilligt, die an dem Generalstreik schuldigen Polizisten und sonstigen Beamten abgefeuert. Zugleich war aber auch in Bologna auf die Nachricht von den Turiner Vorgängen der allgemeine Zustand aus Sympathie proklamiert worden, und auch hier floss Blut. Die Folge war der Generalstreik in Mailand, Rom und anderen Städten.

Der Streik in Turin wurde noch anderthalb Tagen nach der Durchführung durch Beschluss der Arbeiterschaften beendet, nachdem die Dienstenthebung der an den Wehrleuten schuldigen Polizisten erfolgt war. Inzwischen dürfte auch in den übrigen Städten die Arbeit wieder aufgenommen sein. Mindestens sozialistische Deputierte der italienischen Kammer haben ihre Mandate niedergelegt, steht sich Regierung und Kammermehrheit weigerten, sofort in die Beratung eines Gesetzes einzutreten, das die Einschüpfung von Truppen in Arbeiterschaften verbietet.

* * *

Russland ist nun in den Kreis der konstitutionellen Staaten eingetreten. Am 10. Mai ist erstmals die Duma, das russische Parlament, zusammengekommen und eröffnet worden. Welche Freiheiten und Rechte der Bar der Duma zugeteilt wird und welche sie sich zu eröbern vermögen, steht noch dahin. Wenn es nach dem Willen des bisherigen "Selbstherrschers" und seiner Berater geht, so wird die Duma nur ein Scheinparlament, wohl noch unter dem Range des preußischen Abgeordnetenhauses, sein. Eine andere Frage ist es, ob sich das russische Volk eine solche Vertretung gefallen lassen wird. Die sozialistische Arbeiterschaft und zum Teil auch die Bauernschaft haben die Revolution noch nicht aufgegeben. Die sozialdemokratische Partei hat Wahlbehauptung proklamiert. Die bürgerliche Gesellschaft, soweit sie an der Revolution beteiligt war, gefordert sich auch augenblicklich noch recht demokratisch, wie ich aber allein Anhänger nach sehr eingerichtet, gegen wirtschaftliche Vorteile die Volksrechte preiszugeben.

Die Mehrheit in der Duma hat die sogenannte Kadettenpartei, dem preußisch-deutschen "Freiheit" nahe verwandt. Ein Anhänger dieser Partei, Petrusewitsch, feierte in der ersten Sitzung der Duma die Opfer, die für die Freiheit gefallen sind oder in Gefängnissen schmachten. Das freie Russland forderte die Befreiung der Verhafteten. — Schöne Worte, an die sich das Barentgebot freilich wenig lehnen wird. Die Abgeordneten der Bauernschaft nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, worin sie erklärten: die tschechische Kundgebung über die Grundgesetze verhinderte das Manifest, durch das die Duma ins Leben gerufen wurde, fast völlig und mache es ihnen unmöglich, den Willen des Volkes auszuüben.

Das Organ der Kadettenpartei, "Welt", gibt folgenden Kommentar zu dem historischen Tag: Die von der Mehrzahl der Abgeordneten ergangene Warnung vor dem ferneren Gebrauch des Wortes "Selbstherrsherr" habe Erfolg gehabt. Dagegen habe die Regierung keinen Schritt getan, um der öffentlichen Meinung entgegenzutreten an dem Tage, wo auch der kleinste Schritt von dem Volke mit Bekämpfung aufgenommen worden wäre. Die Regierung zeigte sich durch die Fähigkeit aus, den richtigen Moment zu verpassen. Von der Kronrede sagt "Welt", sie umgeht mit großer Kuns alle heiligen Themen. Die Regierung bewegt sich auf einem engen Pfad, worauf sie schon längst zwischen den phantastischen Furcht vor den Roten und noch mehr der utopistischen Hoffnung auf die Schwarzen hin und her schwankt, weder vor noch rückwärts schreitend; aber an einer Stelle verharren, wenn ringsum alles fortschreitet, das heitze zurückweichen. Nach alter Weise lasse die Regierung einen bestimmten Plan vermissen. Auf der Fahrt nach dem kurfürstlichen Palais taten Abgeordnete an dem Gefängnis vorbei, aus dessen kleinen Fenstern ihren Begrüßungen und Forderungen zugeworfen wurden. Diese Fenster hätten am Tage der Duma-Öffnung leer gestanden, falls die Regierung es versteht, sich des Volkes Liebe zu erwerben, doch waren sie bereits wie nie zuvor. Vor dem Dumanpalais stand das Volk direkt und Spalier bildend. In der Luft schwiegene Wort. Ohne Rücksicht auf die erforderlichen Formalitäten müsse in dieser Hinsicht unverzüglich etwas getan werden.

Das Blatt "Majda Schön" ist in der Lage, mitzuteilen, eine Abreise der Duma an den Kaiser, die von der Kommission der Parlamentsfraktion der konstitutionell-demokratischen Partei entworfen wird, werde die Rettungsfähigkeit einer Amnestie und die Gewährung von bürgerlichen und politischen Freiheiten an alle Bürger sowie die Befreiung der Scheidekasse zwischen dem Monarchen und der Duma, das heißt des Reichstags, betonen. — Bei den "Grundgesetzen" hießt die deutsche "Petersburger Zeitung": Solange sie keine Gesetze, sondern unerfüllbare Befehle sind, an denen die Volksvertretung nicht rütteln darf, solange sind auch die Organe der Volksvertretung nichts mehr, als auf höhern Befehl arbeitende Behörden. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht. — Der "Watzatz Wiel" fölikt einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. Neben der Agrarrevolution, die umso fächerart und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern versprechen kann, nimmt sich die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schlägt nicht.

Erledigte Lohnbewegungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1906.

(*) **Partielle Streik** liegen vor, wenn bei einzelnen Unternehmen die Arbeit eingestellt werden mußte, weil sie die getroffenen Vereinbarungen (Rubrik 8) oder die Zugeständnisse ohne gegenseitige Vereinbarung (Rubrik 9) nicht gewährt. — Als „Angeriffstreik“ kommen nur solche Arbeitsunterbrechungen in Frage, wo die Arbeitszeit ganz allein die Angreifere sind, und als „Auspeierung“ sind alle Arbeitsunterbrechungen verstanden, wo die Unternehmung sich ganz allein in der Kette des Angreifers befindet. Um „Angeriffstreik und Auspeierung“ handelt es sich, wenn die Arbeitszeit eine Tiefarbeitszeitstellung infizierten und die Unternehmung mit Auspeierung antworten. Gegen die Unternehmung liegen, die den Kampf durch Auspeierung begannen und die Angeriffsparteien stellten die Arbeit ein, dann ist die Bewegung als „Auspeierung und Angeriffstreik“ bezeichnet. Sind beiderseitig Abstimmung, wacherster Streik, Vereinbarung der betz. Frage.

| Name des Bezirks | Zahl der | | Forderungen | | | Die Forderungen wurden erledigt | | | | | | Durch die Bewegung wurde erreicht | | | | | | Unfosten der Streit- kraft- ver- einigung nach vorläufiger Fest- stellung | | | | |
|-------------------------------|--|------------------|-------------|-----------------------|------------------|--|--------------------------------------|---|---|---|---|--|----------------------|-----------------------|------------------------------|---------------|------------|---|------------|--------------|----|-----------|
| | im Bahnbezirk beschäftigt | | | | | ohne Arbeitseinstellung, und zwar durch | | | in den Fällen | | | durch Arbeitseinstellung, und zwar ** | | | Befreiung der Arbeitszeit | | | Erfolge in anderen Punkten | | | | |
| | zum Bahn- bezirk gehö- rigen Dete | Unter- nehmer | Gesellen | Stun- den- lohn | Arbeits- zeit | Unters. | gegen- seitige Sicher- heit | infolge infek- tions- krank- heit oder Kinder- halte- funk- tionen | Ge- gen- seitige Sicher- heit | durch Bürde- abhe- bung der Forde- rung | durch Bürde- abhe- bung zum pa- rati- ellen Stell | Ar- beits- zeit | Ab- sperr- ung | Ar- beits- zeit | Ab- sperr- ung | pro Stunde | pro Tag | pro Stunde | pro Tag | pro Woche | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | |
| Gau Braunschweig. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Goslar a. Harz. | 1. | 18 | 143 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | 80,- |
| Höhlenleben | 1 | 8 | 56 | 88 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | 76,70,- |
| Langelsheim a. Harz. | 8 | 5 | 48 | 88 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | 50 | — | — | — | — | |
| Königslutter | 12 | 4 | 45 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | 650,- |
| Selen a. Harz. | 12 | 8 | 139 | 85 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | 80,- |
| Veltlin a. d. Ohe. | 10 | 4 | 53 | 86 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Gau Dresden. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Großenhain | 81 | 18 | 167 | 85 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 12 | 1 | 6 | — | — | 715,80,- |
| Gr.-Böhmischw. | 5 | 4 | 32 | 58 | 9½ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 14 | ½ | 8 | — | — | 31,61,- |
| Kamenz | 24 | 10 | 108 | 85 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 22 | — | — | — | — | |
| Kloster | 2 | 8 | 25 | 53 | 9½ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 14 | ½ | 3 | 6 | — | |
| Lommatzsch | 89 | 5 | 50 | 85 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 25 | — | — | — | — | |
| Meißen | 26 | 14 | 341 | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 25 | — | — | — | — | |
| Nossen | 56 | 8 | 132 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | 10 | — | — | — | — | |
| Radeberg | 11 | 6 | 80 | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Riesa | 66 | 24 | 100 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 12 | — | — | — | — | 1419,15,- |
| Streitberg | 13 | 8 | 25 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 40 | — | — | — | — | 1700,- |
| Tharandt | 20 | 7 | 75 | 45 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Weinböhla | 2 | 4 | 25 | 45 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | 7485,- |
| Gau Görlitz. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Großschönau | 8 | 3 | 134 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | ½ | 2½ | — | — | |
| Langenböls | 5 | 2 | 31 | 34 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Liegnitz | 64 | 29 | 444 | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 40 | — | — | — | — | |
| Gau Leipzig. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bitterfeld | 7 | 19 | 255 | 42 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Delitzsch | 15 | 12 | 85 | 45 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | 50 | — | — | — | — | |
| Döbeln | 14 | 8 | 70 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Frankenberg | 8 | 8 | 72 | 38 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Glauchau | 1 | 16 | 157 | 36 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Großwilsdorf-Schöneckberg | 11 | 3 | 68 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Langenberg | 1 | 4 | 46 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Röhrsdorf | 8 | 4 | 138 | 33 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Schönböhl | 1 | 8 | 114 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Triebsdorf | 8 | 4 | 77 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | 476,85,- |
| Gau Löbau. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bautzen | 85 | 7 | 51 | 38 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 40 | — | — | — | — | |
| Cottbus | 47 | 11 | 40 | 36 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Döbeln | 21 | 6 | 14 | 55 | 9½ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | 22½ | — | — | — | — | |
| Grevesmühle | 90 | 5 | 60 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Gr.-Witten (Zetorow, Malchin) | 88 | 8 | 180 | 40 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 18 | — | — | — | — | |
| Grömitz i. S. | 23 | 4 | 43 | 38 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Gröditz | 24 | 3 | 40 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | 50 | — | — | — | — | |
| Lützenburg i. S. | 40 | 3 | 34 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Malchin | 25 | 6 | 85 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Neufalzen | 31 | 3 | 32 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 14 | — | — | — | — | |
| Rösenhain-Hechthütte | 29 | 4 | 57 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Olbersdorf i. S. | 28 | 6 | 42 | 37 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Parchim | 27 | 11 | 41 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 20 | — | — | — | — | |
| Plötzkau i. S. | 25 | 5 | 88 | 45 | 9½ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Rehna | 28 | 3 | 29 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Reinsdorf | 27 | 10 | 85 | 45 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Rötha | 50 | 6 | 78 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 28 | — | — | — | — | |
| Schönberg i. M. | 53 | 4 | 61 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Stavenhagen-Göltzow | 49 | 5 | 75 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 28 | — | — | — | — | |
| Tettau | 51 | 3 | 42 | 35 | 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 31½ | — | — | — | — | |
| Waren | 75 | 9 | 82 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Gau Magdeburg. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Arendsee | 2 | 6 | 35 | 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 33 | — | — | — | — | |
| Barby | 7 | 5 | 30 | 38 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 6 | 60 | — | — | — | — | |
| Biere | 5 | 2 | 29 | 36 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Blankenburg | 1 | 15 | 150 | 39 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Elster | 9 | 8 | 56 | 82 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Groppenleidt | 3 | 4 | 75 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | 50 | — | — | — | — | |
| Reichenhain | 14 | 14 | 145 | 38 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Rötha | 6 | 2 | 35 | 33 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Rötha | 9 | 3 | 107 | 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 30 | — | — | — | — | |
| Schadensleben | 8 | 8 | 79 | 35 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 40 | — | — | — | — | |
| Gau Nürnberg. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Amberg | 1 | 5 | 85 | 42 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 64 | — | — | — | — | |
| Birkenfeld | 1 | 4 | 32 | 50 | 9½ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 20 | — | — | — | — | |
| Gau Stettin. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrungen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Meldorf, Schwartau, Pansdorf, Niendorf a. d. Ostsee, Süderbrarup, Oldesloe (Streiks), Lütjenburg, Ahrensburg (Differenzen);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperrung über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik), Stolze (Sperrung über Hollendorf), Röbel, Waren (Streiks), Lübeck, Ratzeburg, Schönberg (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperrung über Küster), Jarmen (Sperrung über Brandt und Heidtschmidt), Stralsund (Streik), Cöslin (Sperrung über H. Schütter), Demmin (Aussperrung);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Marienwerder (Aussperrung in Robhof b. M.), Elbing, Goldap, Memel, Osterode, Pr. Stargard (Streiks);

Posen:

Schniedemühl, Posen (Aussperrung), Kroteschin (Streik);

Schlesien:

Breslau (Differenzen), Hirschberg-Cunnersdorf (Aussperrung), Oppeln, Niesky, Ostrowo, Gottesburg (Streiks);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Fürstenwalde, Forst (Streiks), Alt-Karbe (Streik steht bevor), Berlin (Zementbranche, Sperrung über O. Stäwe), Trebitz (Sperrung über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Freienwalde (Bauarbeiterstreik), Strassburg i. d. Uckermark (Sperrung über R. Henschel);

Provinz Sachsen:

Mühlberg a. d. E., Ammendorf, Sangerhausen (Streiks), Bitterfeld (Sperrung über E. Wiesner);

Königl. Sachsen:

Wurzen (Sperrung über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Schandau (Streik), Sebnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna (Aussperrung), Zwickau, Penig, Elsterberg, Grossröhndorf, Crimmitschau (Streiks);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperrung über Coers und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hastedt, Hildesheim, Aurich, Zwischenahn (Streiks), Celle (Bauarbeiterstreik);

Braunschweig:

Holzminden (Streik), Stadtoldendorf (partieller Streik);

Thüringen:

Erfurt (Sperrung über Wagner und Walther & Grossmann), Eisenach (Sperrung über Wagner), Gera (Sperrung über Hirsch), Arnstadt (Sperrung über Panzt und Papst), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Sperrung über K. Müller), Weimar, Schleiz, Suhl (Differenzen);

Rheinprovinz und Westfalen:

Borghorst b. Münster (Streik), Rheine (Differenzen), Ahrweiler-Neuenahr (Streik), Düren (Sperrung über Brune);

Bayern:

Nürnberg (Sperrung über Schaller), Erlangen, Aizenau, Straubing, Hof a. d. S., Würzburg (Streiks);

Hessen:

Förchheim, Finthen (Streiks), Hersfeld (Aussperrung);

Baden-Pfalz:

Lambrach, Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heddeshausen, Schifferstadt, Baden-Baden, Grünstadt (Streiks), Singen (partieller Streik);

Elsaß-Lothringen:

Gebweiler (Streik);

Württemberg:

Nürtingen, Heidenheim, Brenz (Streiks), Gmünd (Gipsarbeiterstreik);

Fliesenleger:

Rhein.-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

Oesterreich:

Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung);

* * *

Bezug von Verbandskollegen ist erwünscht nach Hagen i. W. Das Bureau befindet sich im Volkshaus; zureisende Kollegen mögen sich dort melden.

* * *

Deutschland ist Freiheit, Deutschland ist Kultur!

So oder so ähnlich hat sich, wenn wir uns recht erinnern, einmal Wilhelm II. bei irgend einer höflichen Einladung oder Einweihungsfeier gefühlt. Solch abfahrt Formeln bedürfen jedoch der Füllung durch tatsächliche Befreiungskommissionen, erst durch die lebendige Wirklichkeit gewinnen auch sie erst Leben

und Inhalt. Ein Bild aus dieser Wirklichkeit entwirft uns folgende Zuschrift aus Posen:

„Es vergeht kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, bei dem die Polizei nicht dem Kapital befürchtet ist; so auch bei der Aussperrung in Posen. Dagegen besteht es Strafbefehle, zumeist über je M. 8. Da es eine Aussperrung ist, so kostet es dieses Mal nur halb so viel wie vor vier Jahren, als es ein Streik war. Wir sind immer dankbar und erkennen auch dies Entgegenkommen an, aber trotzdem wird sich ein

dieser Stelle geschicht wegen des schlechten Veranlungsbesuches. Hoffentlich lohn es die Bemühungen.

In Demmin i. n. wollte der Bürgermeister Kötter eine Einigung herbeiführen. Es handelt sich hier um Zugeständnisse. Wie die Beendigung der von den Unternehmen freilich ausgesetzten Aussperrung gebaht ist, zeigen folgende Schriftstücke:

I.

Demmin, den 5. Mai 1906.
Magistrat der Stadt Demmin.
G. Nr. 176/5.

Ausliegend überliegen ich Ihnen eine Abschrift der Erklärung des Herrn Zimmermeister Köpke mit dem Schluß um Beantwortung bis Montag Nachmittag 5 Uhr.

Ich habe mich leider selbst davon überzeugt, daß es nur Ihrer ablehnenden Antwort noch bedarf, um sofort italienische Maurer nach hier zu berufen. Mein Rat kann in letzter Stunde nur dahin zu berufen, die Abmachungen zu vollziehen, da ja nach den eigenen Erklärungen die wenigen Streitpunkte keinen praktischen Wert haben.

Kötter.

II.

Demmin, den 5. Mai 1906.
Es erscheint
Herr Zimmermeister Köpke von hier.

Derselbe erklärt:

Um nochmals auf eine gütliche Einigung hinzuwirken, bitte ich, dem Vorstand der Arbeitnehmer mitzuteilen, daß in acht Tagen Italiener eintreffen, wenn die Abmachungen nicht vollzogen sind.

Den Beiseite müssen wir bis Montag Abend acht Uhr haben.

B. a. u.

ges. A. Köpke.

B. w. o.

ges. Kötter.

Die hierauf von uns verlangte minutiöse Verhandlung fand am 7. Mai 1906, Abends 8 Uhr statt. Wir forderten als Entgelt für vier Wochen Aussichtserklärung der zulässigen Arbeitszeit und dementsprechende Lohn erhöhung. Die Unternehmer verlangten die Anerkennung des bisher bestehenden Tarifs. Da die Unternehmer in dictatorischer Weise hieran festhielten, so mußt man ihnen schon den Willen lassen, diesen Sommer pommersche Katenhäuser und „Schulpaßate“ mit Italienern zu bauen.

In Potsdam mußte der Streik beendet werden. Im Anfang waren 14 Männer aus Posen, nach sieben noch 14 aus Berlin, so daß nur 12 Getreue festhielten. Der Lohn ist von 80 auf 32½ pro Stunde erhöht. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit mußte Abstand genommen werden. Im Lohnbezirk Potsdam-Jägersdorf-Lödönsdorf ist der Arbeitgeberverband seit 1905 tätig. Herr C. A. Schmidt in Lödönsdorf will für seinen Arbeitsbezirk mit den in seinem Geschäft Täglich einen zweijährigen Vertrag abschließen. Lohnz. 1906 bis 1. März 1907: 87½, von da bis 1. März 1908: 38½. Im Bezirk über zwei Meilen 40 beginn. 41½ pro Stunde. Den Grundz. „Laufzeit gilt, als geleistete Arbeitszeit“ erkennt Schmidt an. Die Arbeitszeit soll dementsprechend von 6-6 Uhr sein. Den Kollegen des Bezirks Jägersdorf soll - sobald sie bei Schmidt in Arbeit stehen - das Reservatrecht eingeräumt werden, mit Ausnahme des Sonnabends, bis 7 Uhr Abends zu arbeiten. Nur wenn infolge einer Petition ein früherer Zug von Italienern nach Potsdam eingelegt wird, soll die Zeit von 6-6 Uhr auch für diese Kollegen gelten. Die Kollegen vom Bezirk Jägersdorf bestärken C. A. Schmidt. Eine Verhandlung konnte nicht erzielt werden, und so kam es nicht zum Abschluß.

Die Kollegen in Straßburg und verhandelten 1905 zunächst auf die Durchführung ihrer Forderung. Dann streikten die Bauarbeiter, die Maurer kamen in Mitteidenschaft und wurden aussperrt. Die ursprüngliche Forderung von 45 wurde nun geltend gemacht. Die Arbeitsgelegenheit war nicht günstig. Im Laufe der 18 Wochen fanden sich mit Polieren an 34 Streitbrechern. Bedingungslos wurde dem Streik ein Ende gemacht, nachdem die „Belästigungsstufe“ wiederholt abgelehnt war. Im Oktober wollten die Meister verhandeln. Dies lehnen wir ab, weil die Klausel bleiben sollte. In diesem Zeitraum wurde erneut eine Forderung eingereicht. Weiter kamen die Unternehmer mit der Belästigung. Am zweiten Oktobertag erschienen drei von ihnen in unserer Versammlung und erklärten: „Über den Lohn werden wir eing. nehm. erst die Klausel an.“

Am 14. April wurde der Streik beschlossen, nachdem man vergebens auf eine Sinnesänderung der Unternehmer einen Tag lang gewartet hatte. Unter Berücksicht auf die Klausel bewilligten Wahls. & Lange, Hohenbalk, Kneubüch, Stred und Albrecht, so daß am 11. Mai 72 Kollegen zu neuen Bedingungen in Arbeit standen. Die Zahl der Streitbrecher stieg auf 40. Unternehmer Bödum, der von der Pfe. auf geht, ist jetzt ganz Herr geworden. Er schafft zunächst keine Bauarbeiter zu den „Schriften“, den Reitern in der Not. Für die ist das gefundene Freiheit ohne Maurer ungängbar. Doch Ausreden gibt es immer. Unfeste ablehnende Haltung legt sie so aus: die Streikenden wollen nicht mit Unorganisierten zusammenarbeiten, diese wären dem „Gesetzverband“ nicht beitreten, folglich um „Gesetz“ herum.

„Tatsache ist: sämtliche „Arbeitswillige“ waren schon einmal Mitglied unserer Organisation. Wegen Nichtachtung von Beschlüssen sind diese teils vor 1905, teils 1905 im Streit ausgeschlossen worden. Zugleich hat sich niemand geweigert mit diesen zusammenzuarbeiten. Aber durch bestimmte Bestimmungen sollte uns durch Vertrag das Recht der Überredung befreit werden. Am 1. Mai d. J. ist dann der „große Zug“ gelungen. Unter dem 8. Mai schreibt der „Straßburger Anzeiger“:

„Ortsverband der Hirten - Dönderseien Gewerkschaften. Der Ortsverband hielt gestern Abend im Saal des „Schloßbrauhauses“ seine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsteher, Herr Kutschera, eröffnete die Versammlung um 9 Uhr, indem er die Erstkommen begrüßte und für ihr zahlreiches Erscheinen dankte. Nach Verleihung des Protocols und Bekanntstellung des Kassenberichts sprach man zum dritten Punkt: Belästigung des kleinen Maurerstreiks, eventuell Gründung eines Ortsverbandes der Bauhandwerker herabst. Das Referat an diesem Punkt hatte Herr Melz übernommen, welcher kurz den vorjährigen und diesjährigen Streik beleuchtete. Redner führte aus, daß nach 1905 wieder aufgenommen werden sei. Damit war jedoch der Streik noch nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben, um nun mit erneuten Kräften wieder auf-

genommen zu werden. Nun erklarerte Redner den Unterschied zwischen dem Preis-Duisdorfer Gewerbeverein und den Bauvereinen und kam folglich zu der Frage: "Was wird die Folge dieses Streits sein?" Da sich auch die Arbeitgeber zu einem Verband zusammenge schlossen haben, so ist die Antwort in der Ausprägung der Arbeiter zu suchen; es wurde als Beispiel der Streit der Bauhandwerker in Bremen angeführt, aus sollem sich bereits eine Anzahl italienischer Maurer nach hier unterwegs befinden, und die hier bereits angefangenen Bauten weiterzuführen. Nachdem hierauf Blatteslätter an alle auf diesem Punkte recht erheblich erschienenen Maurer und sonstigen Bauhandwerker verteilt worden waren, ergriß Mitglied Bräder das Wort und sagte unter anderem, daß es dringend notwendig sei, hier einen Ortsverein der Bauhandwerker ins Leben zu rufen; man schreibt hierauf zur Konstitutionierung dieses neuen Vereins, dem eine italienische Anzahl als Mitglieder beitrat. In den proborschafflichen Vorstand wurde Herr Bauunternehmer Joseph als Vorsitzender und Herr Techniker Fröhlich als Schrift und Kassenführer gewählt. — Im Anschluß hieran hatte auch der Gewerbeverein der deutschen Kaufleute (G.-D.) Ortsgruppe Straßburg, der durch den Vorstand vertreten war, seinen Vertreter zum Ortsverband in Aussicht gestellt. Der vierte Punkt der Tagessitzung: "Antrag auf Abhaltung eines Sommersfestes" wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, es wird sich die nächste Versammlung näher damit befassen. Unter Geschäftliches berichtete Herr Bräder über den vor zwei Jahren hierzu gegenstandenen Konkurrenzverein, welchen seinerseits von Bahn- und Polizeiamten genehmigt, in die Hände der Gegner, der Sozialdemokratie, überging. Redner bestonte, daß es jetzt den Gewerbeverein gelungen sei, alle Vorstandämter bis auf eines nach schweren Kämpfen durch seine Mitglieder zu besetzen. Hiermit habe sich wieder einmal bewiesen, daß diese Gegner nicht die Macht besitzen, uns mit Stumpf und Stiel auszurichten, sondern daß wir zeigen können, daß wir trotz ihres Wutgeschreis nicht nur da sind, sondern auch zusehends stärker werden. Da hiermit die umfangreiche Tagessitzung eröffnet war, fand gegen 11 Uhr der Schluß der Versammlung statt.

Der Schluß mit seinem Hinweis auf den Konkurrenzverein zeigt die wahre Absicht der "Gesellschafter". Warum man kann das Bauunternehmer und des Technikers nicht gleich den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zum Vorsitzenden der neuen Organisation gemacht ist, ist bei ihrer Leute von Harmonie einfach unverständlich. Am 7. Mai hat man nun gar nur Maurer und Bauarbeiter in den Vorstand gewählt. Herr Schäferstiel Emil Schäfer-Magdeburg war als Gewerbeleiter anwesend und meinte in seinem Referat: "Die Maurer hätten — ebenso wie die Zimmerer — mit der bestätigten Fülle zufrieden sein können, und von den sonst erhobenen Forderungen hätten sie Abstand nehmen müssen. Daß die Gewerbeleiter es nicht getan haben, beweist wieder einmal, daß es ihnen mehr um Erhaltung und Verstärkung ihrer Macht als um Verfehlung ihrer wirtschaftlichen Lage zu tun war." So ganz nebenbei erklärt er: "Auch die Meister sind nicht frei von Schuld zu sprechen." Recht viel verbreitert ist der Schluß: "Häte eine Organisation der deutschen Gewerbevereine hier mit zu verhandeln gehabt, der Streit wäre wahrscheinlich vermieden worden." Wie die verhandeln wollen, wenn die Unternehmer diktieren und nicht verhandeln, ist ein Mästel. Nein, daß auch ohne Macht wirtschaftliche Vorteile erreicht werden können, ohne dabei zu betonen.

Unternehmer Dr. Brüning in Straßburg (U.-M.) hat bestimmt, als ob beide Konkurrenzvereine ausführen. Das Herrenhausmitglied Graf Armin in Neuenburg läßt durch Henckel Arbeiten in Hoheselde und Neukirchen ausführen. Dieser Ede hat sich geäußert: "Auf seinen Gütern werden keine Organisationen dulden." Der Inspektor schmäelt die Bauarbeiter und findet unter Fachblatt. Der Kollege wird entlassen, ein zweiter geht mit. Drei Konservierte aus Rothenmühl bleiben auf Neukirchen. Henckel erklärt, sein Knecht — Henckel in Rothenmühl, bekannt durch sein "Werkhalten von 1905" — würde ihm sofort "Christliche" sei, wenn er für die Arbeiten des Armin gebraucht. Der Erzpriester Dr. Stephan habe ihm ebenfalls keine Befreiung. Dr. Stephan ist im Gegensatz zum früheren Priester ein tüchtiger Geschäftsmann, der sich den jüngst angenommenen Toleranzantrag auf seine Weise auslegt. Er sammelt Gaben für Erweiterung der Kapelle in Straßburg. Unter Hinweis auf die Schmittenhütte versendet er an Geschäftsführer, Protestant, Katholiken und Jüden Bittelschreiben, in denen auf den geschäftlichen Vor- oder Nachteil in unzuverlässiger Weise hingewiesen wird. Wenn es diesem gewandten Herrn gelungen ist — mit vier weiß welchen Mitteln — um einige Mitglieder katholischen Glaubens abzutragen, so ist nicht anzunehmen, daß diese so aus der Art schlagen, daß sie ihren Arbeitsblättern in den Rücken fallen. Junker und Wasse an der Arbeit, um unsere Organisation zu treten. Baut den Junken aber einmal der Wasse nicht, dann wird — wie in Welschhausen — ein Massenausritt aus der Landesfürstliche in Szene gesetzt. Wenn das Konkurrenzverein eingreift, heuscht der Gußherz Unschuld. Man will die Maurer niederknien, um die Arbeitgeberdelegation einen lebensfähigen Halt zu nehmen. Die starke Bautätigkeit und das Abwenden guter Kräfte bestätigt dies.

Gau Osten. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Osten hat es schwer; nicht nur, daß er den Kampf gegen den Centralverband zu führen hat, sondern er sieht sich auch verunsichert, gegen jene beliebten Draufreiter, die Italiener, vom Beder zu ziehen. Auch diese haben es ihm angetan: Nun soll gegen sie vorgegangen werden. In einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes wird darüber gefragt, daß die Italiener oft gezeigt haben, daß sie abgeschlossene Verträge nicht einhalten. So auch in Schneidemühl, wo man sie für den ganzen Sommer verpflichtet hatte. Dort stehen sie vertragsschützt geworden und halten die Unternehmer in die größte Verlegenheit gebracht. Dieser Gesellschaft müßte das ausgetrieben werden, heißt es dann in dem Rundschreiben weiter. Es wird an die Unternehmer appelliert, daß sie vertragsschützliche Italiener nicht beschützen. Auch zu diesem Kampf wünschen wir dem Arbeitgeberbund den besten Erfolg. Um besten Glück für dies durchzuführen, wenn man die beschleunigten Forderungen der italienischen Maurer bestätigt und die Italiener in ihrem Heimatlande läßt.

Die Unternehmer in Goldbach wollen ihr Glück zur Abschaffung auch einmal mit Italienern versuchen; und haben sich 20 dieser Söhne des Südens kommen lassen. Um aber die Goldbacher Kollegen recht faire zu machen, haben sie schwärze

listen versandt, worin die streitenden Kollegen alle namentlich aufgeführt sind. Die Unternehmer anderer Orte werden darin erfreut, diese nicht zu beschäftigen. Eine moralische Ohnmacht haben sie sich von den anderen Unternehmern geholt, indem diese die Kollegen trotzdem einstellten und zurückzogen, sie möchten die 42 % nur bestätigen, in Wirklichkeit aber schon 45 %. Die Kollegen sind anderweitig in Arbeit und guten Plüten und können den Unternehmern die Italiener von Herzen. Auch die Goldbacher Unternehmer werden sich an den Italienern den Schnupfen halten.

Vor drei Jahren herrschte in Bremen noch die elf- bis zwölfstündige Arbeitzeit und ein Zehntel nach Beenden der Unternehmer. Im vorherigen Jahr gelang es den Kollegen durch ihre Einmütigkeit, die zehnständige Arbeitzeit und 40 % Stundenlohn zu erhalten. In diesem Jahr haben die Unternehmer wiederum Zugeständnisse machen müssen. Es ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach neben anderen Veränderungen der Lohn für zwei Jahre auf 45 % und für Überarbeitszeit auf 50 % pro Stunde festgesetzt ist. Die Organisation ist hier wiederum, obwohl den Kollegen kein Votum zu Verhandlungen zur Verfügung steht. Mögen sich die Kollegen anderer Orte, die da meinen, ohne Versammlung könne die Organisation nicht bestehen, doch zum Vorbild nehmen, dann werden Behörden und Unternehmer bald einsehen, daß die Saalabstreberei ungünstig ist.

In Memel sind die Unternehmer eifrig auf der Suche nach Arbeitswilligen, jedoch ist es ihnen bis jetzt noch nicht gelungen, welche zu erhalten. Es wird ihnen auch weiter nichts übrigbleiben, als die Forderungen der Kollegen zu bestätigen. Da in Memel ein allgemeiner Streit der Maurer noch etwas neues ist, so sind dem auch die ganzen Spieße in Aufruhr und können nicht genug über die faulen Maurer schimpfen, die in dieser schönen Zeit nicht arbeiten wollen. Die Soldatschreiber der Unternehmer im Memeler Dampfboot "lassen fast täglich einen Schimpftarif über den schwulen Maurerstreit vom Stapel. Durch eingezogen, ist und der Raum des "Grundstein" zu schade; es wäre auch dem würdigen Papier an zu grohe Ehre angegangen. Die Kollegen sind jedoch zu der Einsicht gekommen, daß sie eine Unterlassungslücke begangen haben, indem sie dieses Blatt bis jetzt noch abmontiert hatten; sie sind jetzt klüger geworden, und haben es abgestellt; dafür beteuern sie sich die Königsberger Volkszeitung." Die Stimme der Kollegen ist eine vorzügliche. Die Unternehmer können noch recht lange warten, wenn sie glauben, die Kollegen würden zu Kreuze kriechen.

In Osterode sind die Kollegen von den Unternehmern zu einer Unterhandlung aufgefordert worden, an der auch der Kollege Grünhagen aus Danzig als Vertreter des Gauvorstandes teilnahm. Zu einer Einigung kam es jedoch nicht. Der Unternehmer Böhr hatte die Sirene, den Streitenden noch eine Lohnreduzierung anzubieten, indem er vorschlug, in Zukunft drei festgelegte Lohnklassen einzuführen. Die erste Klasse sollte 40 %, die zweite 37 %, die Junggesellen im ersten Jahre 38, im zweiten 38, im dritten 35 % Lohn pro Stunde bekommen. Die Forderung der Kollegen geht bestimmt auf 42 % Lohn und 10stündige Arbeitzeit. Außerdem wird die achtstündige Lohnzahlung gefordert, während die Unternehmer die 14stündige beibehalten wollen. Angesichts eines solchen Ansturms der Unternehmer kann man sich denken, wie die Verhandlung verlief. Zwischen ihnen und dem Kollegen Grünhagen kam es zu einem schweren Zusammenstoß. Wie die Unternehmer sagen, haben sie sich besonders über den "Grundstein" aufgeregert, der sie als "Bürden" bezeichnet hat. Wenn das den Unternehmern nicht paßt, so mögen sie zunächst ihr Teil dazu beitragen, daß die fortwährenden unfauligen Verhandlungen der Arbeitgeberchaft in der Arbeitgeberzeitung aufzuhören. Die St. d. (G.-D.) Auch der sogenannte "Mittelweg", ein gewisser Schiefe, glaubte sich berufen, die Lohnimmobie zu beschließen. Mit dem Bürchen kann vielleicht auch einmal abgesehen werden. Als die Unternehmer sahen, daß die armseligen Künste bei den Geistern nicht anstrengten, gedachten sie die Befreiung und Vieles zu nehmen, um damit die Kommission zu "bedimpfen". Sie mögen sich nur merken, organisierte Arbeiter lassen sich nicht zu Beraterberatern kauzen. Wie kämpfen weiter und haben alle Chancen des Erfolges für uns, wenn uns die Kollegen außerhalb in der Fernhaltung des Auges unterliegen.

Gau Berlin. In Forst waren die Maurer zwei Tage durch den Bauarbeiterbund in Wittenbergen verhandelt. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes teilte auf die von uns eingerichtete Forderung mit, daß nach dem Schluß des Begriffs-Arbeitgeberbundes für die Bauarbeiter Lohn für Forst auf 40 % für dieses Jahr festgelegt sei; dieser Beschluß sei für sie maßgebend, deshalb könnten sie sich auch auf Verhandlungen über die gestellten Forderungen nicht einlassen. Die am 10. dieses Monats abgehaltene Versammlung beschloß daraufhin, nun ebenfalls die Arbeit eingustellen. Einige Unternehmer, die dem Arbeitgeberbund nicht angehören sind, haben die Forderung bestätigt.

Die Lohnbewegung in Elsterwerda ist beendet. In dieser Woche ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach vom 12. Mai bis zum 31. August dieses Jahres 34 % und dann bis zum 31. März 1908 36 % pro Stunde gezahlt werden. Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden verkürzt.

Die Verhandlungen in Sennelwald haben zu keinem Resultat geführt. Vorausichtlich werden die dortigen Kollegen in dieser Woche in die Bewegung eintreten.

In Sennelwald sind die Maurer durch den Bauarbeiterbund in Wittenbergen gezwungen.

In Fürstenwalde wollen die Unternehmer vom 1. Oktober 1908 an die 9½stündige Arbeitzeit und 52½ % Stundenlohn bewilligen. Bis dahin sollen die alten Lohnsätze und die zehnständige Arbeitzeit bestehen bleiben. Dieses Angebot ist abgelehnt worden, weil die Kollegen der Meinung sind, daß sie volle Forderung zu erringen ist. Zwei Unternehmer haben bereits bestätigt.

Auch in Mühlberg a. d. E. hat der Unternehmer Jentsch den Vertrag mit 30 % für 1908 und 32 % für 1909 unterschrieben; im Streit befinden sich die Kollegen noch bei zwei Unternehmern.

Die Verhandlungen in Trebbin haben zur Abschaffung eines Vertrages geführt; zwei kleine Unternehmer weigern sich, diesem Vertrag beizutreten. Drei ist die Arbeit eingestellt.

Wie bereits gemeldet, fand am 8. Mai vor dem Einigungsamt in Bremen eine Verhandlung statt. Es sich auch der Vorsitzende die erdenklichste Würde, Einigungsverhandlungen einzuleiten, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte immer wieder in heispielloser arroganter, prahlender und provokatorischer Art: "Wir bewilligen nichts und stehen noch heute wie vor der Ausprägung fest zu unserer Forderung, daß der alte Vertrag unverändert auf weitere zwei Jahre von den Organisationen der Arbeiter anerkannt wird. Wenn wir heute eine Forderung der Maurer bewilligen würden, so würden wir ja anerkennt, daß die Ausprägung in frivoler Weise vorgenommen sei." Die Verhandlung war deshalb auf einen Kompromiß gekommen. Nachdem auch die Vertreter der Maurer den Herren keinen Zweifel gelassen, daß unter diesen Umständen der Kampf bis aufs äußerste geführt werden würde, mußte die Verhandlung mit negativem Resultat abgebrochen werden.

Nun ist aber aller Welt bekannt, daß in den Reihen des Arbeitgeberverbandes manche wundelige Säule vorhanden ist, trotzdem der Vorsitzende Kastmann erklärte, die Mitglieder seien einstimmig der Ansicht, daß den Geistern nichts bewilligt werden sollte. Der Herr scheint ein Talent zu sein, und es dürfte nicht wundernehmen, wenn er in nächster Zeit seinen Arbeitgeberverband auseinander organisiert hat. Bald nach der Verhandlung haben die Herren beschlossen, die Ausprägung aufzuhoben und zum 14. Mai die Arbeitsstellen zu öffnen. Damit glaubten die "Schlauberger", einen besonders gelungenen Schachzug zu tun. Sie fassilisierten jedesfalls so, daß nun alle Leute, die nicht die Absicht hatten, sich an einem Streit zu beteiligen, und solche, die jetzt nach schwäbischer Ausprägung lieber mit den Unternehmern Frieden haben möchten, nun nach den Bauten laufen würden. Weiter hoffen sie, daß nun, nachdem die Nachricht von der Aufhebung der Ausprägung in alle Winde telegraphiert wurde, der Zugang von fremden und arbeitswilligen Maurern leichter zu bewerkstelligen sein würde. Zweitens wird die Aufhebung der Ausprägung erfolgt sein, um den unzufriedenen Mitgliedern im Arbeitgeberverband die Möglichkeit zu geben, einen leichteren Übergang zur Verständigung mit den Arbeitern zu finden. Doch mögen die Unternehmer beachtigen, was sie wollen, die Ausgesperrten haben am 12. Mai mit erfreulicher Einmütigkeit beschlossen, nicht nach den geöffneten Bauten zurückzukehren, sondern nur in den Streit einzutreten und die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen. Es ist dies auch der einzige richtige Weg, diese Proben zu vernünftiger und anständiger Verhandlung der Arbeiter zu erzielen.

Auch in Bittenberg ist eine durch den Bürgemeister eingeleitete Verhandlung vollständig resultlos verlaufen. Hier ist wohl das Auftreten der Herren vom Arbeitsgeberverband in der Form höflich und anständig, aber in der Sache sind sie ebenso rücksichtslos und den Bünzlinen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter gegenüber konsequent ablehnend. Eine schwache Bautätigkeit und eine große Anzahl sehr befähigter Lebendrücken macht ihnen diesen Standpunkt leicht. Doch ist zu hoffen, daß unsere gute Organisation, verbunden mit zäher Ausdauer der kämpfenden, auch diese Herren nach einiger Zeit bewegen wird, eine andere Haltung einzunehmen.

Gau Magdeburg. In Görlitz und Bautzen die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 % und für das nächste Jahr auf 42 % unterbreitet.

In Löbau in Bautzen haben im Laufe der Woche Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, ein Resultat ist noch nicht erzielt.

In Saarbrücken sind die Maurer und Zimmerer am 11. Mai in den Streit eingetreten. Die Unternehmer glaubten, die Kollegen hinhalten zu können, indem sie eine Aussprache auf acht Tage verfügen wollten. Die Arbeitseinstellung ist vollständig, da auch die Polizei mitmachen. Halten die Kollegen weiter fest zusammen, so sind ihnen die geforderten 5 % Lohnherhöhung sicher.

In Schönbach ist die Bewegung erledigt. In einer am 11. Mai stattgefundenen Verhandlung verpflichteten sich die Unternehmer prototypisch, für das Jahr 42½ % und vom 1. April 1907 an 45 % zu zahlen. Die Kollegen stimmten dann in der Versammlung diesem Angebot mit 55 gegen 41 Stimmen zu. Die im Vertragsgebiet Magdeburg arbeitenden Kollegen enthielten sich der Abstimmung. Da die Zimmerer streiten, ist es nicht ausgeschlossen, daß dennoch unsere Kollegen in Wittenbergen gezwungen werden.

In St. Jürgen ist der Industriegebiet für das in der nächsten Tage zu Verhandlungen kommen. Die Unternehmer des Städtegebiets haben am 11. Mai zur Forderung Stellung genommen; die Antwort dürfte ingewissen schon beim Arbeitgeberverband eingegangen sein.

In Bielefeld haben die Unternehmer 2 % Lohnherhöhung bewilligt. Die Kollegen sind mit diesem Biegestand natürlich nicht befriedigt.

In Magdeburg ist die Bewegung durch den Abschluß eines Vertrages auf der Grundlage des 35 % Stundenlohnherhöhung erledigt.

Gau Dresden. In Potsdam stand der Streit außerordentlich günstig. Die ländlichen Arbeiter, die unbedingt in vier Wochen fertig sein mußten, lagen vollständig still. Am Dienstag fand noch eine Versammlung der Streitenden statt, in der die Stimmung noch gut und hoffnungsfreudig war. Über schon am andern Morgen mußte man die Erfahrung machen, daß auf dem hier dringendsten Bauten die Maurer geschlossen und einstimmig die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Diese Nachfolger waren nicht zu bewegen, die Arbeit wieder niederzulegen. Der Meister hatte ihnen gesagt und ein Schriftstück vorgelegt, daß seitens der Unternehmer ein Entgegenkommen nicht zu erwarten sei. Ja, da hat es doch keinen Zweck, noch zu streiten, meinten die braben Maurer. Ihr kommt machen was ihr wollt, wir können nicht weiter auf, bestimmt die Kommission zur Antwort. Nun, es wird garnicht lange dauern, dann werden sich die Freunde solchen Handelns zeigen; vielleicht kommt dann die Kollegen zur Einsicht, welche großen Fehler sie begangen haben. — In Königsbrück ist der Stand des Streits günstig, die Kollegen haben die feste Absicht, ihre Forderung durchzubringen, was ihnen auch sehr

halb gelingen wird. Denn so weit bis jetzt bekannt ist, wollen die Auftraggeber der Baumeister die Forderung bewilligen, nur der neue "Arbeitsgeberverband" in Kamenz hat seinen Mitgliedern in Königsbrück noch nicht erlaubt, Entgegntommen zu zeugen. Aber das Nachgehen steht schon vor der Tür.

Gau Leipzig. In Elsterberg, wo unsere Kollegen im Streit stehen, haben die Unternehmer durch Plakate an den Bauplänen bekannt gegeben, daß sie den Stundenlohn von 32 auf 34 s erhöhen und die elfstündige Arbeitszeit beibehalten wollen; vor bis zum 7. Mai die Arbeit nicht aufzunehmen, sei entlassen. Natürlich hat dieser närrische Was bei den Streitenden nicht gegessen. Die Eingabe der Lohnkommission vorne 36 s Stundenlohn und die zehnstündige Arbeitszeit gefordert wurde, ist unbedacht geblieben. Die Situation ist günstig; die Kollegen hoffen, zu siegen, wenn alle treu auftreten. In der "Neuen Vogtländischen Zeitung" wird unter "Elsterberg" gejammert: "Der Ausstand der organisierten Maurer nimmt recht unangenehme Formen an. Die wenigen Arbeitswilligen, die fast auf allen Bauten vorhanden sind und sie so gut es geht weiterführen, müssen von Beamten der Baufirma und der Polizei an den zahlreichen Streitpunkten vorüber nach ihren Wohnungen geleitet und früh wieder abgeholt werden. Das müssen ist töricht. Verschiedene Ladeninhaber, Schuhmachermeister und sonstige Kleidungs- und Wierelgrößen der Stadt äußern sich in recht ruppiger Weise über die Streitenden, wiewohl sie die Arbeiterschichten für ihre Kunstdarstellungen recht notwendig brauchen, um ihr ungewöhnliches Maul stopfen zu können. Von diesen selben Burschen wird das Mädchen vertrieben, der Bierbrauermann der Maurer erhalten für das "Arbeitsaufsehen" und "Fausen" pro Woche 25. Es wird gut sein, sich diese Leute recht genau anzusehen und ihnen den Dank für die Verbreitung solches verlogenem Kästchens nicht vorzuhalten.

Die Kollegen in Chemnitz sind in eine partielle Bewegung eingetreten. Über neun Unternehmer ist zunächst die Sperrre verhängt worden. In Frage kommen dabei 198 Gesellen. Sechs Unternehmer haben die Forderungen anerkannt, bei ihnen arbeiten 50 Maurer zu den neuen Bedingungen. Die Unternehmer arbeiten natürlich schon wieder mit schwarzen Listen. Einer der Gesellen scheint eine sonderbare Auffassung von Entlassungsschaltern zu haben, er schrieb in einem Falle: "Der Maurer N. N. hat seit September 1903 bei mir in Arbeit gestanden und ist am 7. Mai in den Streit getreten." Das Gewerbeamt wird diese Bürchen erst einmal annehmen, wenn die Unternehmer persönlich vorstellig zu werden, wenn gleich der "jungliberalen" Baumeister Ehart bei seinen Kollegen für Zurückweisung jeglicher Lohnverhöhung plädiert hat.

Gau Erfurt. In Suhl i. Th. haben die Kollegen sich ebenfalls aufgerafft und am 21. April den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Gefordert wird die zehnstündige Arbeitszeit und 38 s Minimallohn. Gest beträgt die Arbeitszeit für die Kollegen, die in Suhl logieren, zwölf Stunden, für die, so die Bahn benennen, zehnmal zwölf Stunden. In Suhl selbst wohnen keine Maurer. Der Lohn schwankt zwischen 30 und 36 s. Um nun den Wochenlohn zu erhöhen, haben die Kollegen seit Jahren die Arbeitszeit verlängert, so daß es wohl heute Kollegen gibt, denen es gewiß komisch vorkommt, daß die zehnstündige Arbeitszeit gefordert wird. Diefele Wirkung scheint die Forderung auch auf die Meister zu haben; denn eine Antwort war bis zum 1. Mai nicht eingetroffen. Zur der am 7. Mai abgehaltenen Versammlung, die gut besucht war, wurde beklagt, die Unternehmer nochmals an die Forderungen zu erinnern und sie aufzufordern, bis zum 11. Mai bestimmt zu antworten. Kommt wieder keine Antwort, oder eine ablehnende, dann soll am 18. Mai die Kündigung eingereicht werden. Da ein Meister erklärt hat, er lasse sich fremde Maurer kommen, so erjuden die Kollegen, den Zugang nach Suhl fernzuhalten. Zeit wird es, daß auch für Suhl und Umgegend Verbesserungen an den Lohn- und Arbeitsbedingungen erungen werden.

In Nordhausen reichten die Kollegen der Firma ein Schreiben, betreffend eine Leurungssumme, ein. Eine Forderung, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse völlig gerechtfertigt ist. Da nun eine gute Baujunktur vor gezeichnet ist und von Tag zu Tag Maurer gesucht werden, so bemühten die Unternehmer sofort einen Pfenning pro Stunde, so daß der Lohn 38 s beträgt. Eine Versammlung am 8. Mai soll die Bewilligung als nicht genügend an, sie beschloß vielmehr, nur eine Erhöhung des Stundenlohns auf 40 s zu fordern.

In Langensalza ist die Lohnbewegung erlebt. Der Stundenlohn beträgt bei zehnhalbstündiger Arbeitszeit für Maurer 39 s, für Bauhülfarbeiter 32 s. Sonnabends wird um 6 Uhr Feierabend gemacht, die fehlende halbe Stunde aber nicht bezahlt. Der abgeschlossene Vertrag gilt ein Jahr, vom 1. Mai 1906 bis zum 1. Mai 1907. Gefordert waren für Maurer 40 s, für Bauhülfarbeiter 35 s und zehnstündige Arbeitszeit. Der Stundenlohn betrug bis jetzt im Sommer 36 s und in den Wintermonaten 38 s, bei den Bauhülfarbeitern 29 s, resp. 26 s. Wir haben mit ihnen durch die Einigkeit der Kollegen in zwei Jahren 6 s errungen. Die Unternehmer liefern es nicht zu einem Kampf kommen, da die Kollegen einmütig vorgegangen. Es scheint jetzt, als wäre ein anderer Geist in die Gemüter eingezogen, sie sehen ein, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist. Es ist hier noch viel zu tun. Die Agitation unter den Unorganisierten muß jeder Kollege mit betreiben. Auch in es notwendig, daß die Versammlungen nun immer gut besucht sind.

Gau Nürnberg. In Erlangen sind unsere Kollegen am 8. Mai in den Streit eingetreten, und zwar infolge eines Schreibens der vereinigten Baumeister, worin diese nicht nur die Forderung, sondern auch jegliche Unterhandlungen ablehnten. Der Unternehmer Maus ließ am 6. Mai seinen Arbeitern durch den Polizei mitteilen, daß sein Betrieb vom 8. an gesperrt sei. Ein Unternehmer hat uns zwar durch seinen Polizei mitteilen lassen, daß er zu Unterhandlungen bereit sei, als wir aber vorstellig wurden, erklärte er uns, daß er zwar den Wunsch habe, die Differenzen beizulegen, aber allein nichts abnehmen wolle.

Geschenk an die Kollegen. In Soden a. h. haben Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die aber bisher noch zu keinem Resultat geführt; es besteht aber Aussicht, daß die Unternehmer

an Stelle der elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit sowie eine Lohnverhöhung gewähren werden.

In Hof ist eine Aenderung in der letzten Woche nicht eingetreten, die Streitenden sind bis auf etwa 60 alle abgereist und konnten auch trotz der schwarzen Listen und der Reisen des Herrn Breheis außerhalb Arbeit finden.

In Würzburg sind die Kollegen, die bereits in der letzten Nummer des "Grundstein" mitgeteilt ist, am 8. Mai in den Streit eingetreten, weil die Unternehmer ein in der Kommission gegebenes Ver sprechen wieder zurückgezogen haben. 309 Kollegen haben die Arbeit eingestellt, 15 sind freigegangen und arbeiten als Streitbrecher und 37 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Eine Anzahl der Streitenden ist bereits abgereist und ein größerer Teil wird noch folgen.

In Wahrenburg haben die Unternehmer bisher auf unsere Forderung eine Antwort gegeben, wohl aber haben sich einige vorläufige Unternehmer dahin ausgeschlagen, daß eine allgemeine Ausspruch aller Bauarbeiter in der Richard Wagner-Stadt geplant sei; probig genug sind dies zu dazu. Ihr Vorsitzender, Wülfel, ist, wie es scheint, bei seinem Kollegen Breheis in Hof a. d. Saale in die Schule gegangen.

In Gengenbach haben die Unternehmer bisher auf unsere Forderung eine Antwort gegeben, wohl aber haben sich einige vorläufige Unternehmer dahin ausgeschlagen, daß eine allgemeine Ausspruch aller Bauarbeiter in der Richard Wagner-Stadt geplant sei; probig genug sind dies zu dazu. Ihr Vorsitzender, Wülfel, ist, wie es scheint, bei seinem Kollegen Breheis in Hof a. d. Saale in die Schule gegangen.

In Rothenburg a. d. Tauber haben die Unternehmer nach der gestellten Lohnforderung noch nicht geantwortet, wohl aber werden in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden, da wir den Versuch machen werden, bei jedem Unternehmer persönlich vorstellig zu werden, wenn gleich der "jungliberalen" Baumeister Ehart bei seinen Kollegen für Zurückweisung jeglicher Lohnverhöhung plädiert hat.

In Nürnberg haben sich in der letzten Woche einige kleinere Differenzen abgespielt, die aber größtenteils in wenigen Tagen beigelegt waren. Verlangen müssen wir aber von den Kollegen in Nürnberg, daß bei solchen Verhandlungen nicht gleich die Arbeit eingestellt, sondern hier von einer der Verhandlungsleute Kenntnis gegeben wird, um so ohne Opfer der in Betracht kommenden Kollegen die Streitpunkte beizulegen. Wo dies nicht leichtlich möglich ist, müssen wir jede Verantwortung ablehnen. Uebrigens zeugt ein solches Vorgehen nicht von dem Maße gewerkschaftlicher Disziplin, das vorhanden sein muß, wenn wir etwas erreichen wollen. Solche Augenblidsbewegungen wirken nur schädlich.

Gau München. Der Streit in Bruck b. W. endete mit einem vollen Siege unserer Kollegen. Als wir dort unsere Forderung erreichten, wurde uns die Antwort zu tel, daß die Unternehmer "freiwillig" die Löhne erhöhen würden, auf keinen Fall ließen sich die Herren aber durch einen Tarif binden; auch jede Unterhandlung sei ausgeschlossen. Sonntag, den 29. April, wurde in einer Versammlung, in welcher Kollege Pius referierte, beschlossen, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen. Insgesamt wurden, nachdem sich die Unternehmer in Sicherheit wiesen, zwei Neubauten und ein Umbau begonnen. Die günstige Gelegenheit wurde nicht verpaßt werden, und so wurde am 9. April die Arbeit niedergelegt. Der Dreibund der Arbeiter bewährte sich auf das Beste. Sowohl Deutsche, Italiener und Böhmen verließen einmütig die Baustellen. Schon nach zwei Tagen sahen die Unternehmer ein, daß sie sich in der Arbeiterschaft geteilt hatten. Sie suchten nun um Unterhandlungen nach. Am 11. Mai fand eine Unterhandlung statt, zu der die Unternehmer auch den dortigen Bürgermeister als "berillanten Sefundanten" heranzogen. Unsere Forderungen wurden vollständig, die der Bauhülfarbeiter größtenteils bewilligt. Erreicht wurde für Maurer ein Stundenlohn von 40 s, für Bauhülfarbeiter ein solcher von 31 s. Im nächsten Jahre tritt eine Steigerung von 10 s auf 32 s pro Stunde ein. Für Überstunden ist ein Aufschlag von 5 s, für Nach- und Sonntagsarbeit ein solcher von 20 s pro Stunde zu gewähren. An den Lohnzahlungstagen ist um 5 Uhr Arbeitsschluß. Überstunden, Nachts- und Sonntagsarbeiten sind nur gestattet, wenn Menschenleben in Gefahr oder der öffentlichen Verkehr gehemmt ist. Abfahrt ist funktisch zu vermeiden. Für auswärtige Arbeiten ist ein Aufschlag von 5 s pro Stunde, bei Entfernungen über 10 km pro Tag 1.1 zu bezahlen. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1908.

Auch in Straubing errangen unsere Kollegen nach neun tägigen Kampf einen vollständigen Sieg. Am 12. Mai wurde nach zehnstündiger Unterhandlung der Vertrag unterzeichnet. Die Unternehmer hatten gehofft, daß die Kollegen am zweiten Tage im Bardon bitten würden. Aber in mustergärtlicher Weise wurde der Kampf geführt. Keiner der Streitenden verließ unsere Feste. In der am 12. Mai, Abends, abgehaltenen Versammlung waren die Kollegen vollständig vertreten. Kollege Hartl berichtete über die Unterhandlung, und wurde das Resultat mit totem Befall aufgenommen. Der Tarif wurde einstimmig genehmigt. Der Stundenlohn beträgt 40 s. Für Überstunden, Nachts- und Sonntagsarbeiten ist ein Aufschlag festgelegt und bleibt überhaupt nur bestehen, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr gehemmt ist. Am Samstag ist um 5 Uhr Arbeitsschluß. Auch verschiedene Nebenbedingungen enthalten. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. Mai 1907. Die junge Organisation in Straubing kann mit dem Resultat vollständig zufrieden sein. Eines sei aber noch speziell festgemacht. Bei dem Umbau des Seminars wollte die ausführende Firma wiederholt den Vertrag unterschreiben. Der geistliche Herr, Direktor Bauer, aber wußte dies ebenerst zu hinterfragen mit dem Hinweis, daß die Maurer den Vertrag nicht nur verlassen würden und daß die Direktion betreutes Kind auf den Unternehmer nicht stütze. Ob nun die Mutterfirma & la Welschle und Braum auch diese Firma Tat ihres christlichen Mitbruders agitatorisch ausüben werden, ist uns zur Zeit noch nicht bekannt. Wir können mit dieser

Gebertat zufrieden sein. Die Straubinger Kollegen aber werden auch in Zukunft wissen, was sie an tun haben.

Auch die Ingolstädter Kollegen haben einen sehr schönen Erfolg errungen. Am 1. Mai wurden die Forderungen an die Unternehmer eingereicht. Das Angebot der Unternehmer war derart, daß es von der Lohnkommission sofort zurückgewiesen wurde. Freitag, den 11. Mai, kam es nun zu Unterhandlungen, und nach neunstündiger Unterhandlung zu einer Einigung, nach der ein Stundenlohn für Maurer von 38 s für Bauhülfarbeiter von 28 s zur Einführung gelangt. Am Samstag ist um 5 Uhr Arbeitsschluß. Überstunden, Nachts- und Sonntagsarbeiten sind nur statthaft, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr gehemmt ist. In derartigen Fällen wie auch für Feuerwehr- und Wasserarbeiten und bei auswärtigen Arbeiten ist ein festgesetzter Aufschlag zu bezahlen. Auch die übrigen Bedingungen des Vertrages enthalten bedeutende Verbesserungen. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. Juni 1908. Am 18. Mai abgehaltenen Versammlung erachtete Kollege Schäfer aus München Bericht über die Verhandlungen, und wurde der Tarif einstimmig angenommen. Wenn man bedenkt, daß in Ingolstadt eine Anzahl Kollegen bisher noch mit Löhnen von 30–35 s pro Stunde abgelaufen wurden, so können wir mit dem Resultat wohl zufrieden sein. Wehe war zur Zeit nicht zu erreichen, da die Bauaktivität viel zu wenigen übrig läßt. An den Kollegen wird es nun liegen, durch eifriges Ausbau der Organisation das Erreichte zu erhalten und für die Zukunft gerüstet dazustehen.

Gau Stuttgart. In Göppingen fanden am 8. Mai auf dem Rathaus Verhandlungen mit den Unternehmern statt, denen auch der Gauleiter bewohnte. Nach längeren Verhandlungen, wobei jede Partei ihren Standpunkt zäh verteidigte, konnte eine Einigung erzielt werden und zwar kam es zum Abschluß eines Arbeitsvertrages mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahre, beginnend am 9. Mai 1906. Der Mindestlohn beträgt 42 s pro Stunde, der sich vom nächsten Zahltag an um 3 s erhöht. Die achtstündige Lohnzahlung kommt noch nicht durchgeführt werden. Nach den Verhandlungen fand eine Versammlung der Streitenden statt, die das Resultat der Verhandlungen entgegennahm. Nach kurzer Debatte wurden die Abmachungen einstimmig angenommen.

Gau Mannheim. Unsere Mitteilung in vorheriger Nummer des "Grundstein", daß die Lohnbewegung in Zweibrücken beendet ist, ist noch folgendes ergänzend anzufügen: Nach längeren Verhandlungen ist nun endgültig ein Tarif abgeschlossen, der für die dortigen Kollegen eine annehmbare Besserstellung ihrer Lebenslage bedeutet, obwohl bei einer günstigeren Bauauftritt etwas mehr erreicht werden könnte. Die wichtigsten Punkte aus dem Tarif sind: die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 42 s für 1906, 44 s für 1907 und 46 s für 1908. 1905 betrug der Durchschnittslohn 38 s, wir haben somit in drei Jahren eine Erhöhung des Stundenlohns um 8 s erreicht. Auch die sonstigen Bedingungen des Tarifs bringen eine Besserung gegen die früheren Zustände; die Zweibrückler Kollegen können mit dem Erreichten zufrieden sein.

Gau Braunschweig. In Wolfenbüttel kam es am 5. Mai zwischen dem Arbeitsgeberverband und dem Vorstand unseres dortigen Zweigvereins zur Verhandlung, zu der auch ein Mitglied des Gauvorstandes hinzugezogen war. Es wurde ein Tarifvertrag für drei Jahre abgeschlossen. Der Stundenlohn wird von 48 auf 49 s erhöht und gilt für die Jahre 1906 und 1907. Vom 1. Januar 1908 an wird der Stundenlohn auf 50 s erhöht. Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt. Die Kollegen stimmen diesem Vertrag einstimmig zu.

In Düsseldorf wurde im vorherigen Jahre der Stundenlohn von 26 auf 30 s erhöht. Auf Anregung unserer Organisation wurde von den Unternehmern der Stundenlohn für dieses Jahr auf 32 s festgesetzt. Eine Mitgliederversammlung, die sich am 8. Mai mit diesem Angebot beschäftigte, stimmte ihm mit der Maßgabe zu, daß der Vorstand nochmals an die Unternehmer herantrete möge, um zu erzielen, daß vom 1. Juli an 33 s, wie gefordert, zur Auszahlung gelangen. Hoffentlich sorgen nun die Debitsteller Kollegen dafür, daß die Umgegend mitkommt.

In Halle (Saale) ist die Sperrre über die Firma Göhner nach vierjähriger Dauer auf unsere Gunsten beendet. Der Unternehmer wollte vor dem Streit absolut nicht unterhandeln, weil er jedenfalls glaubte, seine Leute könnten nicht streiken und es wäre noch so wie früher, wo sie noch nicht organisiert waren. Am 6. Mai stand er aber der Streitleitung schon einen von ihm selbst ausgearbeiteten Tarif, mit dem sich die Streitenden bis auf einige unentbehrliche Punkte einverstanden erklärten. Es wird beschlossen, am 7. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Wäre der Unternehmer schon vor dem 1. Mai zu der Einigkeit gekommen, daß mit organisierten Maurern nicht zu spazieren ist, dann wäre die Arbeitsaufstellung nicht erfolgt. Der Stundenlohn beträgt von nun an 34 s, vor dem hohen Festtag wird zwei Stunden über Feierabend gemacht ohne Lohnabzug.

Gau Hannover. Der Kampf in Nienburg a. d. W. dauert nun schon sechs Wochen und noch ist auf keinen Frieden zu rechnen. Die Unternehmer haben sich in bezug auf die Gejagten schwer getanzt, wenn sie glaubten, diese würden nicht abreisen; die Kollegen haben das Gegenteil bewiesen, die meisten von ihnen sind abgereist. Die ebenso überstandene wie brutale Stellung der Unternehmer in diesem Lohnkampf hat auch unter den unbeteiligten Einwohnern eine Empörung hervorgerufen. Besonders sind die Unternehmer Gürze und G. W. Niemann zu erwähnen, deren Handlungswise darum doppelt verächtlich ist, da sie früher in der Arbeiterbewegung leitende Stellen eingenommen. G. war früher Vorsitzender unseres Nachbereins, vor zwei Jahren erklärte er noch auf der Mutterfirma, daß ein unorganisierter Arbeiter ein Mensch zweiter Klasse sei; heute ist er das Muster eines Schärmachers. Der zweite dieser Eulen, Niemann, ein früherer Fabrikarbeiter, heilte früher das Ehrenamt eines Verkaufsmannes der sozialdemokratischen Partei; heute hat er alle bei ihm arbeitenden Kollegen, sogar seinen eigenen Schwiegerohn, ausgesperrt. Erstdem marschiert unsere Bewegung; das einzige, was uns oft peinigt, ist der Gedanke vor solchen Abreißlinien.

christlich organisierten Berufscollegen gegenüber schuldig gemacht haben sollen, in marktschreierischer Manier aufzubauenden, um sie dann zu unflüchtigen Anwälten gegen den Centralverband zu benutzen. Der "Grundstein" hat des öfteren betont, daß er wirklichen Terrorismus, das heißt Androhung oder Anwendung von Gewalt, wie auch das Auferzwingen anders organisierter Arbeiter, streng verurteilt. Solche Fälle haben wir auch niemals verdeckt, obgleich wir oft genug in der Lage gewesen wären, sie durch den verwerflichen Charakter und die noch verwerflichere Handlungswelt der davon betroffenen christlichen "Opferlämmer" zu erklären, ja mehr als zu erklären: zu rechtfertigen. Wir können wenigstens den Esel verstecken, der die Kollegen pult, wenn sie mit Subjekten arbeiten sollen, die schließlich die eigenen Kollegen an die Polizei verraten, wenn diese durch die Ungunst der Verhältnisse gezwungen sind, im Verhügungen ihrer Organisationsgeschäfte zu erledigen. Auch noch andere Umstände lassen sich denken, die dies rechtfertigen. Man braucht sich noch gar nicht auf das Recht der Wiedervergeltung zu berufen. Der Terrorismus, der täglich gegen unsere Kollegen geübt wird, die unter schwierigen Verhältnissen die unabhängige Arbeiterorganisation vertreten, ist viel schlimmer und viel allgemeiner, als man in der Regel annimmt. Nur haben wir nie viel Aufsehen davon gemacht, weil wir die gehässigsten Anfeindungen von allen Seiten längst gewöhnt sind, und weil sie ja in der Regel gerade das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken sollen. Würden wir jeden einzelnen Fall registrieren, jede Nummer unseres Blattes würde eilige bringen können. Dass dabei auch die "arg verfolgte christliche Gewerkschaftsunschuld" schlecht wegläuft, ist bombenförmig. Die "Bergarbeiter-Zeitung" brachte neulich einmal eine ganze Liste schamlosen Vergewaltigungen, wo die "christlichen Knappen", im lieblichen Bunde mit der Ortsgeistlichkeit, den Böhdörn und dem sichts hülfereiten bürgerlichen publito freigewerkschaftlichen Arbeiter brutal tyrannisierten. Auch wir wollen einmal einen solchen Fall schildern, den wir so aufs Geratewohl aus einem Wust ähnlicher Buchstaben herausgreifen. Die Buzchrift lautet:

Hier in Gnesen, dem Stammsitz der Christlichen, war es durch den Lofalmangel bisher unmöglich, dem Fana-
tismus, der sich christlich nennenden Maurer wilsam zu begegnen. Diese haben bisher alles aufgeboten, um das Aufkommen des Centralverbandes zu vereiteln. In Denunziationen bei den Unternehmern und im Abtreiben von Rosalen haben sie großartiges geleistet. Neuerdings war es unserem Mitglied Sigmund Piechodi möglich, nachdem er einige Monate als Fabrikarbeiter gearbeitet hatte, Arbeit als Maurer zu bekommen. Auf dem Arbeitsplatz und an anderen Orten verteilte er nun die im Frühjahr erschienenen Flugblätter, worauf dann die Christlichen dafür sorgten, daß er aus der Arbeit entlassen wurde. Am 24. April befahl sein Vater, Johann Piechodi, Arbeit in Stolzenzow b. Gnesen. Nach zweieinhalbstündiger Tätigkeit befahl P. seine Entlassung vom Polier mit der Befragung: "Ich kann Ihnen wegen nicht alle aufhören lassen, die übrigen wollen mit Ihnen nicht arbeiten." — Am 27. April war es Piechodi abermals vergönnt, Arbeit beim Unternehmer Bielinski in Gnesen zu bekommen. Zum Frühstück hörten darauf fünf Maurer des christlichen Verbandes auf, und zu Mittag drohten die übrigen 7 Maurer, ebenfalls aufzuhören zu wollen, wenn P. nicht entlassen würde. Der Unternehmer sah sich veranlaßt, Piechodi zu entlassen, um seinen Bau nicht liegen zu lassen. Also nach 5½ Stunden lag P., der vor dem lange Zeit frisch gewesen war, wieder auf der Straße. Diese "christliche" Unschuld, die sich in der Mittagsstunde die genügende Kraft aus der Mittagsstunde geholt hatte, bedrohte auch zum Beweise ihrer Stärke Piechodi tödlich, so daß er sich in einen Laden flüchten mußte. P. ist schon des öfteren bedroht und des Abends angefallen worden.

Soweit die Buzchrift, die allerlei merkwürdige Schlußfolgerungen des Christentums dieser Überchristen zuläßt. Der Grundstein, dem von allen Kulturen menschen gebuhlt wird, daß man das Alter ehren soll, hat bei unseren Helden keinen Kurs, sonst wäre Ihnen doch wohl ein der Schamähnliche Gefühl aufgestiegen, als sie einen so alten Mann, wie den alten Piechodi, zweimal aus der Arbeit jagten und ihn noch obendrein mißhandelten. Wo bleibt da die fittlich und moralisch verehrte Kraft des Christentums, die zum eifernen Bestandte des Christentumsphänotypus gehört?

* * *

Abenberg. Sonntag, den 29. April, sollte hier eine große christliche Bauhandwerkerverfassung stattfinden, zu deren Besuch durch Anschlagsplakate eingeladen waren. Um ja ein reich volles Haus zu erzielen, hatte sich sogar der Herr Präses der Christlichen dazu herabgelassen, vor der Kirche noch extra Handzettel zu verbreiten. Die Verfassung war auch sehr gut besucht; aber die Mehrzahl davon gehörte dem Centralverbande der Maurer Deutschlands an, während von den Christen ganze sieben Männer da waren, als unsere Kollegen den Saal betrat. Um 8½ Uhr wurde die Versammlung von einem Herrn Saaler eröffnet, dem christlichen Referenten, einem Herrn Biebel, sofort das Wort erzielte. Hiermit war jedoch die Majorität der Versammlung nicht einverstanden, sondern

verlangte energisch die Annahme einer Bureauwahl. Obwohl oder über mußten sich die "Christen" schließlich hierzu bequemen, für den christlichen Vorsitzenden wurden 27 Stimmen abgegeben, während auf den Vorsitzenden unseres Zweigvereins 70 Stimmen entfielen. Somit war der Vorsitzende einer freien Gemeinschaft zum Leiter der christlichen Versammlung gewählt. Aber nun zogen die "Christen" er habe den Saal gemietet und sei infolgedessen im Besitz des Hauses; er würde leben, der ist ungebührlich befragt, wegen Haussiedensbruchs anzeigen und bestrafen lassen. Im übrigen, meinte der seine Herr Biebel, sollten wir Ihnen doch den ersten Vorstoß überlassen, wie könnten ja der zweite tragen. Dieser Vorschlag bedeutet wohl zur Genüge darauf hin, daß der "noble" Herr Referent die Unschuld hat, mit Lügen und Verbrechen über die sozialdemokratische Gemeinschaft herzuziehen. Er möchte aber wohl mit Recht befürchten, daß ihm dieses unter dem Vorstoß eines Centralverbandes nicht in dem gewünschten Maße gelingen werde. Daher sein Vorgesetzter über die Niederlage bei der Bureauwahl und seine Drohung mit dem Strafstricker. Auch ein noch ganz junger Herr mit Namen Böhlinger verfuhr noch seine Weisheit an den Mann zu bringen. Es wurde ihm aber bedeutet, er solle keiner gerade als krumme Steine hauen, anstatt sich auf Agitationstreis zu begeben, zumal aber in Abenberg sein Feld für seine Tätigkeit. Als die Christlichen nun sahen, daß sie nichts ausrichten konnten, verließen sie das Lokal. Das in Abenberg kein Feld für christliche Agitatoren ist, hat diese Versammlung wieder bewiesen. Die freie Gewerkschaft zählt zur Zeit 80 Mitglieder und der sozialdemokratische Verein gewinnt immer mehr Mitglieder. Es geht also auch hier vorwärts.

Cöln a. Rh. Ist der am 6. Mai abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins erhaltene der Vorsitzende zumal der Vorstandsschreiber. Zwei Sperren über Böhlinger geschafft wurden zu Gunsten der Kollegen erledigt. Die Sektion der Buzer bemühte den sogenannten Geschäftszug zur Besteigung der Böhligermauer. Einige Unternehmer, die die Buzer bereits an Schwierigkeiten übertragen hatten, übertrug sie infolge der Bewegung der Buzer direkt. Die Kosten dieser Bewegung sind von der Zweigvereins- resp. Sektionsträgerin getragen worden, so daß der Hauptfass keine Ausgaben entstehen wird. Gegen einige Kollegen ist Anklage wegen Haussiedensbruchs erhoben worden. Der Jahresbericht vom ersten Quartal ergab folgendes: Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptfass betrug M. 6141,70; die Einnahme der Lofalmühle bislusive Lofenbestand betrug M. 7181,82, die Ausgabe M. 8747,56. Der Markenverkauf erhöhte sich im ersten Quartal gegen das erste Quartal 1905 von 6455 auf 11 041; von den in Frage kommenden 20 Bäckereien hatten 17 einen Mehrverkauf von Marken. Die Zahl stieg der Bäckerei in Cöln allein 1853, Abmessungen 758, Breite 435, Fall 358, Sitz 227; die anderen 12 Bäckereien blieben hinter diesen Zahlen zurück. Drei Bäckereien hatten einen Minderverkauf gegen das Vorjahr aufzuweisen. Hierzu erfolgte die Verabschiedung der Kollegen, die dem Zweigverein noch die Hände schütteln. Es waren diese die Kollegen Fr. Blaichowski, Jg. Böhliger, Dr. Grund, Dr. Füllersfeld, Dr. Möller, J. Schleiden und J. Riedmann. Es wurden hierauf folgende Beschlüsse gefasst: 1. Für erkannte Mitglieder, die noch nicht krankenbeziehungsberichtet sind, werden während dieser Zeit die Beiträge aus dem Mittel des Zweigvereins zugezahlt. 2. Die Angestellten des Zweigvereins sind in Zukunft nicht mehr in einer einheitlichen Generalversammlung zu wählen, sondern die Wahl ist in den einzelnen Bäckereien durch eine Abstimmung vorzunehmen. 3. Güteklassifizierung, denen Beitragsmarken abgenommen werden, werden sofort und solange von ihren Posten entnommen, bis die Angelegenheit geregelt ist. 4. Die Angestellten haben am Gewerbebericht nur noch Klagen zu vertragen von Kollegen, die abreisen oder die der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

(Gliederungsleiter) Es ist endlich an der Zeit, das Verhalten der "Christlichen" innerhalb unseres Berufs dem Urteil unserer Kollegen im Lande zu unterbreiten. Beim Tarifabschluß im Jahre 1904 war in Cöln noch kein Blattleger "christlich" organisiert. Bei der Firma Rölling fingen später mit dieser Blätter an. Es wäre unseren Kollegen leicht gewesen, sie dort hinauszutreiben. Als einmal auf Veranlassung unserer Kollegen zwei Streikbrecher Feierabend machen mußten, hatten auch die beiden "Christlichen" ihr Geschäft schon zusammengepackt und fragten, ob auch sie aufzuhören müssten. Wir waren aber so anständig, sie in Ruhe zu lassen. Waren wir nur der Meinung, daß sie zum Dank für unsere Toleranz das, was wir errungen und im Tarif festgelegt hatten, mit vereidigen würden, so hielten wir uns sehr gewußt. Wahr war es uns nicht, daß die "christliche" Organisation nicht die Einigkeit wegen der Beiträge aus dem Mittel des Zweigvereins zu erlangen. Der Betrieb der Firma Rölling wurde durch die "christlichen" Kollegen aufgehoben, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die "christlichen" beauftragt, darunter mitgenommen worden, daß sie beauftragt waren, die dem Streikbrecherverband angehören. Die Unternehmer glaubten, daß die "christlichen" Schärfmacher hier am Terrorismus und gemeiner Kampfweise geleistet haben, geist auf keine Rücksicht und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber anders gekommen, als es sich die "christlichen" Unternehmer

18 Kollegen unserem Verbande angegeschlossen. Es besteht dort noch die zwölf-, bis dreizehnsündige Arbeitszeit, außerdem werden Klassenlöhne von 26-30 Δ geachtet. In Neubau bei Heilsberg hatte sich nun ein Wirt bereit erklärt, sein Vatal zu Versammlungen herzugeben; jedoch der Mensch kennt und der Gendarmer lehnt. Am Sonntag, den 6. Mai, sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Kollege Kriest sprechen sollte. Als die Versammlung begann sollte, war auch der Amtsbesitzer mit 4 Gendarmen erschienen. Nun erklärte der Wirt, er könne seinen Saal jetzt nicht mehr geben. Was der Amtsbesitzer und die Gendarmen mit ihm gesprochen, wissen wir nicht, können es uns aber lebhaft denken; erklärte doch die Frau des Wirts: „Es tut uns sehr leid, aber die Herren Gendarmen sind so sehr dagegen.“ Das nennt man in Ostpreußen Koalitionsrecht, und das erlebt man fast in jeder Stadt. Auch in Heilsberg werden sich die Kollegen damit abfinden müssen und um so eifriger ihre Organisation auszubauen; denn Grund genug haben sie dazu.

Lüdenscheid. Samstag, den 5. Mai, hielt der hiesige Zweigverein seine ähnlich gut besuchte Generalsammlung ab. Zunächst eröffnete der Kästner der Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M 286,75, die Ausgabe M 293,50. Die Einnahme der Lottokasse betrug inländische Kassenbestand M 175,90, die Ausgabe M 92,18. Die Reisekosten waren trotz Einladung zum Berichterstattungen nicht erschienen, was schief geriet wurde. Sodann wurde nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, vom 1. Juni d. J. ab 5 Δ Lottozuschlag zu erheben und eine 55 Δ -Marke bei Begegnung der übrigen Marken zu lieben. Den Kolporteuren resp. Gültifässer soll eine Entschädigung von 3 Δ pro verlaufte Woche, in den beitragsfreien Monaten 3 Δ pro Woche und Mietgeld aus der Lottokasse geahndet werden. Die rapide Zunahme der Mitglieder hatte die Wahl eines dritten Kolporteurs resp. Gültifässers nötig gemacht. Es wurde als solcher der Kollege Jakobi gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der Besprechung der Einhaltung des Tarifvertrages. Es wurde festgestellt, daß bei den Unternehmern Albert Gräfe, Georg Schmidt, Biland und Heldmann & Co. (an einer Baustelle) die tariflich festgesetzte Arbeitszeit nicht eingehalten wird, indem des Samstags nicht, wie im Tarif festgesetzt, neun Stunden, sondern zehn und mehr gearbeitet wird, und daß hier die Kollegen betreffs der Arbeitszeit der Willkür der Polizei preisgegeben werden. Die Mitglieder der Schlichtungskommunion wurden beauftragt, dieserhafte Beschwerden einzureichen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die am 27. Juni stattfindende Reichstagswahlgang hin. Nachdem er das Verhalten aller bürgerlichen Parteien im Reichstage zu den Arbeiterschäden und Bollwerksgenossen hatte Neuvorlesungen lassen und die Behauptung des seitherigen Vertreters des Wahlkreises bei der Beratung des Zusatzfestes, nämlich, daß es im Westen keine Klassenjustiz gäbe, kritisch beleuchtet und nachgewiesen hatte, daß wir es bei der Aussprungan eigenen Leibe verspürt hätten, forderte er alle Anwesenden auf, sich zu richten an den Vorarbeiten und Flugblattverbreitungen zu beteiligen, damit der Sieg an die Fäuste der einzigen Arbeitspartei, der Sozialdemokratie, geheftet werden könne. Nach Aufnahme von fünf Mitgliedern erfolgte um 11½ Uhr Schluß der schön verlaufenen Versammlung.

Mülhausen t. Els. Sonnabend, den 28. April, tagte hier eine Versammlung der Maurer und Bauhülfearbeiter. Als Referent war Kollege Fischer aus Mannheim anwesend. In seinem Vortrage machte er den Kollegen klar, daß ein Durchschnittslohn von 38 Δ pro Stunde zu niedrig sei, zumal in Colmar ein Stundenlohn von 42 Δ für Maurer und 30 bis 32 Δ für Bauhülfearbeiter geahndet wird. Ferner kommt in Betracht, daß auch an den städtischen Bauten ein höherer Lohn geahndet wird als an den Privatbauten. So erhalten die Maurer an den Hochbauten 45 bis 50 Δ pro Stunde und an Liegebauten 38 bis 70 Δ . Es sei deshalb notwendig, auch den Lohn bei den Unternehmern in die Höhe zu bringen, da es einem Familienvater mit zwei bis drei Kindern nicht möglich sei, bei den jetzigen niedrigen Löhnen existieren zu können. Nachdem Redner dann noch den mangelhaften Bauarbeiterchung besprochen hatte, forderte er zum Eintreten in den Verband auf. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

München. Sonntag, den 29. April, fand hier in der „Alhambra“ die regelmäßige Quartalsversammlung statt. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Schäfer ergibt sich eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M 6498,05. Die Lottokasse hatte M 11 548,50 Einnahme (einfachlich des Bestandes vom vierten Quartal 1905) und M 269,64 Ausgaben, Kassenbestand M 8578,66, wovon M 6300 in der städtischen Sparkasse angelegt sind. In der Bureauaufträge wurde es hier gewohnt, Kommission überläufen, weitere geeignete Räumlichkeiten ausfindig zu machen, indem die Lage des in Vorschlag gebrachten Bureaus für unsere Organisation ungünstig ist. Hierauf referierte Herr Landtagsabgeordneter Genosse Franz Schmitt über „Die deutsche Arbeitersbewegung und der 1. Mai“. Referent schürte die Unzufriedenheit der heutigen Arbeitslöhne, kritisierte die Bemühungen der Unternehmer, die befehlenden Forderungen der Arbeiter niederzurütteln, und wies demgegenüber hin auf die Verteilung der notwendigsten Lebensmittel durch den neuen Sozialtarif und die Schaffung weiterer neuer Steuern. Leider sei ein großer Teil der Arbeiterschaft selbst schuld an diesen miflichen Verhältnissen. Redner berührte auch die politische und wirtschaftliche Lage im Reich, kritisierte schärfe die Vorgänge anlässlich der Arbeitslosenversammlung in München im vergangenen Jahre, sowie die Revolutionen der Polizei in Breslau. Man ersehe hier ganz genau, daß Polizei und Militär den letzten Rettungsanker der Unternehmer bilden. Eine schärfere Kritik über Redner weiter auch an den heutigen Arbeiterschicksalen; er wies ferner auf die Notwendigkeit der Aufklärung hin und forderte auf, durch die Feier des 1. Mai, soweit angängig durch vollständige Arbeitsruhe, gegen alle die schändlichen Steuern, gegen den Polizei und gegen neue Steuern zu protestieren. Auch wir wollen einmal wie gleichberechtigte Menschen behandelt und bezahlt werden. Die trefflichen Ausführungen des Referenten erzielten reichen Beifall. Hierauf machte Kollege Schäfer

die Mitteilung, daß die Lohnbewegung in Planegg noch nicht beendet sei. Die Unternehmer seien starrköpfig als außerordentliches Benehmen gegen die streitenden und ausgesperrten Kollegen. Er schloß sich den Ausführungen des Referenten an und erfuhr die Kollegen, am 1. Mai, die Arbeit vollständig ruhen zu lassen. Redner schlug für diesen Tag einen gemeinsamen Ausflug nach Planegg vor, um unsern im Kampfe stehenden Kollegen unsere Sympathie zu beweisen. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Nach Auforderung seitens eines Kollegen und eines Genossen, sich auch politisch zu organisieren und die Arbeitersprese, die „Münchener Zeit“ abzunehmen, schloß Kollege Graf die musterhaft verlaufene Versammlung.

— Neben dem Ausflug nach Planegg ist zu berichten: Eine große Demonstration zu Gunsten der im Kampfe stehenden Planegger Maurer machten Dienstag, den 1. Mai, die Münchener Kollegen. Nachmittags 2 Uhr waren im Gasthaus „Zur Post“ in Pasing circa 500 Kollegen, teils mit Frauen, versammelt, die sich alle an dem Spaziergang im Würmtal und nach Planegg beteiligten. Bei gleicher Zeit wurden an die Einwohnerchaft von Planegg und Umland Flugblätter verteilt, worin sie über den prologen Herrnstandpunkt der Unternehmer aufgeklärt und erfuhten, werden, den Streitenden nichts in den Weg zu legen. Mit unserem Musikorps an der Spitze zogen wir zum Vereinsfest der Planegger Maurer, Gaisbach, „Zum Schuhgarten“, wofür wir uns trotz des frühen Wetters in der angrenzenden Weise unterhielten, um dann Abends in vorher stille und Ordnung nach München zurückzufahren. Hoffen wir, daß diese Demonstration zum Siege unserer Planegger Kollegen beiträgt.

Nordhausen. Die am 8. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich außer mit der Lohnfrage noch mit der Wehrfeier, über die Kollege Richter Bericht eröffnete. Die Wehrfeier hatten es frei gestellt: wie den 1. Mai feiern wolle, können feiern, ohne daß eine Maßregelung stattfindet. Bei fast allen Unternehmern wurde am 1. Mai gefeiert; es waren 5 Δ mehr als im vorigen Jahre. Im vorigen Jahre beschloß die Generalversammlung, daß die Aufforderung für Nordbauten verboten sei. Dies Verbot wurde von den Landesfellen von Steigerthal und Grobtheim nicht beachtet; sie schlossen mit ihren Unternehmern ganz einfach Aufforderungen ab. Als ihnen aber der Boden zu heiße wurde, versuchten sie, ihre Kollegen durch die Flutertei zu verblüffen, sie erhielten statt 38 Δ 42 Δ Lohn, und was sie dann mehr pünktet, sollten sie befunden bezahlt erhalten. Sie erhielten ihren Lohn in zwei Titten. Vom Vorstand wurde dann dem Unternehmer ein Schreiben zugesandt, daß die Kollegen bloß 38 Δ pro Stunde bekommen. Der Maurer Gottlieb Weller, der früher Mitglied des Verbandes war und der Bahnhof Nordhausen vor einigen Jahren großen Schaden verursachte, hatte nun die Geschichte satt und meldete sich, doch er dem Verbande wieder beitreten möchte. Nach einer regen Debatte wurde seine Aufnahme bestätigt; selbstverständlich hat er außer dem stützengemäßig Eintrittsgeld noch eine besondere Buße zu zahlen. Die Versammlung beschloß ferner, am Montag, den 14. Mai, Abends 6 Uhr, im Rathaus „Stadt Berlin“ eine öffentliche Maurerversammlung abzuhalten, die über den Bescheid der Wehrfeier Besluß fassen soll.

Solzwedel. Die Sonnabend, den 6. Mai, abgehaltene Mitgliederversammlung war mittelmäßig besucht. Zunächst wurden zwei Mitglieder zum wiederholten Male aufgenommen. Der Vorsitzende verlas die Namen der Kollegen, die bei dem Begräbnis des Kollegen Hermann Dancke feierten. Es wurde beschlossen, daß die Kollegen, die während der Beerdigung in der Stadt gearbeitet haben und auch von dem Begräbnis in Kenntnis gesetzt waren, eine Buße von 1 Δ zu entrichten haben; die Kollegen, die in einem Umkreis von einer Stunde von der Stadt entfernt arbeiten, sind von der Buße freit. Ferner wurde beschlossen, daß der Vorstand ein Buch zu führen hat, worin die Namen der Kollegen, die bei einer Beerdigung ohne Entschuldigung aussteigen, zu vermerken und in jeder Mitgliederversammlung zu verlesen sind. Haben diese Kollegen die Buße innerhalb eines Quartalsjahrs nicht entrichtet, so werden sie aus dem Verband ausgeschlossen. Nach unserem heutigen Versammlungsbesluß wird die Strafe für fehlende Kollegen auf 2 Δ festgesetzt. Bereit von der Buße sind natürlich die Kollegen, die sich vorher beim Vorstande melden, daß sie wegen dringender Verhältnisse nicht kommen können, und die, die in einem Umkreis von einer Stunde von der Stadt entfernt arbeiten. Um Reibereien zu vermeiden, wurde den Kollegen ans Herz gelegt, dafür zu sorgen, daß etwaige Sterbefälle sofort dem Vorstand gemeldet werden, so daß der Vorstand noch genügend Zeit hat, die Kolporteure zur Veranständigung der Mitglieder in Bewegung zu schicken. In diesem Falle bekommt jeder Kolporteur 1 Δ Entschädigung. Die rückständigen Kollegen waren per Postkarte zu dieser Versammlung eingeladen worden. Da einige davon nicht erschienen waren, wurden sie wegen Schuld gestrafen. Als Entschädigung für die Vorstandsfürbungen wurde 1 Δ bewilligt für jede Sitzung. Ein Antrag, dem Kassierer Mantegeler zu bewilligen, wurde abgelehnt. Dem Vorstand wurde anheimgegeben, sich mit dem Wirt der „Union“ in Verbindung zu setzen wegen der Feier unseres Stiftungsfestes, das am 4. bis 11. Mai am 18. August gefeiert werden soll. Da hier Arbeitsmangel herrscht, so daß sich viele verheiratete Kollegen außerhalb der Stadt Arbeit suchen müssen, so werden die zurückseitigen Kollegen erachtet, sich, ehe sie hier Arbeit annehmen, beim Vorstande zu melden.

Sonneberg t. Th. Sonntag, den 29. April, hielt der hiesige Zweigverein seine erste Wanderversammlung in Wildenheid ab. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Kästners“, wurde schnell erledigt, indem der Kollege Hermann erklärte, den Posten weiter bekleiden zu wollen. Das Verhalten der Kollegen im Martinischen Geschäft, die noch immer elf Stunden arbeiten, obgleich der zweite Vorstand des Zweigvereins dort als Polizei tätig ist, gab zu einer längeren Debatte Anlaß. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die bei Martin vorstellig werden soll, um ihn zum zehnständigen Arbeitszeit zu bewegen. Die Kommission hat ihren Auftrag gleich

nach Schluß der Versammlung ausgeführt. Der Unternehmer hat sich jetzt erklärt, nicht mehr länger als zehn Stunden täglich arbeiten zu lassen. Er hat sein Wort auch gehalten, wovon sich der Vorsitzende, Kollege Graf, überzeugt hat. Somit haben wir durch unser Zusammenhalten wieder einen schönen Erfolg erzielt. In dem Maurermeister Billein ist uns ein tüchtiger Spitzen erstanden, indem dieser Unternehmer am letzten Sonntag erklärt hat, er würde den unorganisierten Maurern nur noch einen Stundenlohn von 30 bis 34 Δ zahlen, während die Verbundsgesellschaften 40 Δ erhalten. Die Folge davon ist gewesen, daß sich mehrere Kollegen aus diesem Geschäft zur Aufnahme melde. Die nächste Versammlung findet in Sonneberg statt.

St. Johann. Am 8. Mai tagte im Kaiseraal eine sehr gut besuchte öffentliche Maurerberichterversammlung, in der der Gauvorsteher Kollege Horster aus Mannheim über das Thema: „Wie können die Maurer ihre Lage verbessern?“ referierte. Der ebenso jährlinge wie begeisternde Vortrag erläuterte die Errungenschaften, die die Maurer anderntags durch den Zusammenschluß in der Organisation erreicht haben, und zeigte dann die Notwendigkeit, auch hier Hand zur Verbesserung anzuwenden. Gerade im Saargebiet bedürftig ist dringend der Wohnraum. Niedrige Löhne und elst und abwählend Arbeitszeit beständen auch hier noch. Ebenso bliebe auch das System der Klassenlöhne. Um dies alles zu befeißen, gab es für die Kollegen kein anderes Mittel, als sich einstimmig der Organisation anzuschließen, denn nur dann könnte dieses Ziel erreicht werden. Was in anderen Orten möglich gewesen sei, müsse auch hier möglich sein. Die Organisation habe sich hier schon so weit geöffnet, daß wir es wagen könnten, eine Forderung aufzu stellen, und sie den Unternehmern zu unterbreiten. Selbstverständlich würden wir versuchen, sie in friedlicher Weise durchzuführen, sollten die Unternehmer aber probenkt sein, dann müssten wir auch vor einem Kampf nicht zurücktreten. Alle Kollegen müssten deshalb in den nächsten Tagen eine richtige Agitation entfalten und versuchen, den lebten Maurer der Organisation zuzuführen; denn nur kann seien wir in der Lage, Verbesserungen zu erreichen. In der Diskussion ergab sich das Einverständnis mit dem Referenten, aber auch die allgemeine Ansicht, daß man den Zeitpunkt zur Einreichung der Forderung nicht mehr so lange hinausziehen dürfe; denn jetzt sei die günstigste Zeit. Der ameindende Vorsitzende der örtlichen Organisation gab in kurzen Worten seine Meinung dahin Ausdruck, daß die Löhne im Saargebiet nicht mehr ausreichend seien und dringend einer Verbesserung bedürften. Der eingegangene Antrag: „Der Zweigvereinsvorstand wird beauftragt, sich morgen mit den Leitern des örtlichen Verbandes in Verbindung zu setzen und aufzustellung einer gemeinsamen Lohnforderung. In der nächsten Woche muß dann eine weitere Versammlung einberufen werden, in der die Forderungen besprochen und endgültig aufgestellt werden“, wurde darauf gegen eine Stimme angenommen, und nach einer nochmaligen Ernehrung an die Kollegen, in der Agitation tüchtig zu leisten, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 6. bis 12. Mai sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Brandenburg: 500, Hamburg 250, Wilmersdorf 300, Berlin (Marz) 250, Berlin a. d. Havel 200, Saarburg 200, Gr. Lüderitzfelde 200, Düsseldorf 150, Schwerin 100, Fort. i. d. Lautz 100, Summa M. 2350.

Büros erhielten: Weissenfels M. 800, Annaburg 200, Heilbronn 150, Leipzig 100, Eppendorf 60, Oppenheim 60, Bierstadt 50, Summa M. 910.

Altona, den 12. Mai 1906.

Karl Reiß, Hauptfassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissionen etc.

Die Betriebsvereinssordnungen werden dringend erachtet, über alle in ihrem Besitz befindet werden müssen, mit kurzer Aufklärung der Belegschaft um und der überbetrieblichen Betriebsvereinssordnung des „Grundstein“ zu berichten. Einzelfälle führen die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergänzungen.

Braunschweig. Am 5. Mai verunglückte infolge Unfalls einer Steife unter Kollege Otto Bühne; er zog sich einen Sägabelbruch zu.

Görlitz. Dienstag, den 8. Mai, Vormittags 1411 Uhr, brach auf dem Neubau des Baumeisters Böschle in Neugörlitz beim Aufbau eines Schornsteins das Gerüst zusammen, wobei der Kollege Friedrich Lehmann in den Hof stürzte und von nachstürzenden Pfosten getroffen wurde; er erlitt schwere Verletzungen am rechten Bein und wurde mit dem Steinwagen in seine Wohnung transportiert. Ein anderer Kollege konnte sich durch einen Sprung nach innen retten. Unglücklicherweise waren die Dachgelgel schon eingehängt, sonst wäre der Sturz bloß auf den Oberboden erfolgt. Die Rüststangen waren beide nahe bei ihrer Auflage glatt abgebrochen.

Halle a. d. Saale. Mittwoch, den 9. Mai, stürzte ein Neubau in der Zafobrake ein und begrub drei Arbeiter unter seinen Trümmern. Einer war sofort tot, zwei trugen schwere Verletzungen davon. Neben die Entstehung des Unglücks wird von fachmännischer Seite mitgeteilt, daß die Ursache des Unglücks in der fehlerhaften Bauanlage zu suchen ist. Der Unternehmer Rüttich, der zugleich Beigelebster ist, bat, ebenfalls um zu sparen, den Bau (Stahlgebäude) im Verhältnis zu den Nebenbauten nicht genügend tief gelegt, so daß er keinen Halt hatte, wenngleich solange nicht, bis der andere, kaum angefangene Bau eine gewisse Höhe erreicht hatte. Die Gefährte kam dann ins Rutschen und begrub die in der Mittagsstunde Raft hatten.

den Arbeiter der nebenan gelegenen Baustelle. Wäre das länglich eine Stunde später geschehen, so wären alle dort beschäftigten Arbeiter, die in diesem Falle glücklicherweise Mittag machen, mit begraben und vielleicht getötet worden. Der Unternehmer Lüttich ist übrigens derselbe, dem vor etwa drei Jahren auf dem Grundstück Talstraße 26 unter ähnlichen Vorfällen eine Baustelle einstürzte.

Königswalde. Obgleich keine sogenannten Schwangaböde mehr zu Gerüsten verwendet werden sollen, ist es üblich, alle Arbeiten auf solchen Gerüsten auszuführen zu lassen. Kürzlich stürzte nun ein solches Gerüst am Gasthof Zum Erbgericht zusammen und begrub zwei Maurer unter seinen Trümmern. Schwer verletzt wurden die Verunglückten in ihre Wohnungen geschafft. Der Unternehmer heißt Karl Schönhardt.

Neustadt a. d. H. Freitag, den 4. Mai, kurz vor Feierabend, stürzte am Bau des Unternehmers Neumann in der Landauerstraße der Maurer Michael Waldmann von der dritten Etage herunter und zog sich solche Verletzungen zu, daß er in derselben Nacht noch starb. Ein zweiter Maurer, der mit Waldmann auf dem Gerüst arbeitete, verlebte sich dabei am Arm. Der Unfall ist auf mangelhaftes Gerüst zurückzuführen.

* Ein schönen und haltbaren Terrazzo, sei es nun als Fußboden, Wandverkleidung, Treppenfuß usw., herzustellen, ist nicht leicht. Mancher Kollege, der sonst alle Kunstgriffe und Kniffe des Handwerks kennt, scheitert hieran, und doch wird diese Arbeit dort, wo die Arbeitsstellung noch nicht streng durchgeführt ist, sehr oft von den Maurern verlangt. Gewiß, ein Gemengel von Cement und Schotter bringt schließlich jeder fertig, aber es nachher den getesteten Anforderungen entspricht, ist eine andere Frage. Die Herstellung von Terrazzo ist bei uns noch in erheblichem Maße ein Monopol der Italiener, und manche Bauherren und Unternehmer glauben allen Ernstes, ein guter Terrazzo könne auch nur von Italienern gemacht werden. Das ist natürlichumpisch: die deutschen Maurer werden einen ebenso guten Terrazzo herstellen können, wenn sie die "Geheimnisse" seiner Herstellung kennen. Diese "Geheimnisse" werden in einer Schrift besprochen, die ein Mann der Praxis, ein Terrazzoorbeiter, augenscheinlich herausgibt. Sie bestehen natürlich lediglich in der Kenntnis des Verfahrens, der Kenntnis von den notwendigen Eigenschaften der zu verwendenden Materialien usw. Die Schrift spricht zuerst von der Geschäftigkeit der Materialien, Cement, Farbe, Röhrung. Sie legt dann dar, wie der Untergrund gehalten sein muß, beschreibt das Mischen des Terrazzos, das Bogen des Kreises, des Fonds und behandelt dann das Verfahren des Schleifens und Polierens. Alles in allem dürfte sie genügen, um jedem Maurer bei der Herstellung von Terrazzowerken als praktische Anleitung zu dienen. Ihr Preis beträgt 2,50, wenn sie per Ratinahme bezogen wird, bei Voreinsendung des Beitrages 2,25. Zu bezahlen ist sie vom Verfasser: H. Lamprecht in Schonebeck a. d. E., Königstraße 9.

Bauarbeiterverhältnisse in Bayern.

Die bayerischen Fabrikinspektoren haben als erste unter ihren deutschen Kollegen jüngst ihre Jahresberichte für 1905 veröffentlicht und darin auch manche beachtenswerte Mitteilung über die Verhältnisse im Baugewerbe gemacht. Nach der Betriebsstatistik standen folgende Bauwerke und Arbeiter unter dem gesetzlichen Schutz und unter der Gewerbe-Inspektion:

| Fabrikbetriebe | 1905 | 1904 |
|-------------------|-------|-------|
| Arbeiter | 269 | 258 |
| Arbeiter | 18408 | 12552 |
| Handwerksbetriebe | | |
| Arbeiter | 10154 | 10371 |
| Arbeiter | 68492 | 63380 |

Die Fabrikbetriebe haben, wie der Vergleich ergibt, im Berichtsjahr eine kleine Vermehrung erfahren, ebenso die Arbeiter; im Handwerk dagegen, auf das die große Mehrzahl der Betriebe und der Arbeiter entfallen, ist die Zahl der ersten etwas zurückgegangen, die der Arbeiter dagegen gestiegen. Die Gesamtzahl der revisionsspflichtigen Betriebe erfuhr eine Verminderung um 209, der Arbeiter hingegen eine Vermehrung um 6088. In Mittelfranken allein war eine Zunahme der Bauarbeiter um 2783 zu verzeichnen.

Über die Bauarbeiter ist wird mehrfach berichtet. Überhaupt hat die Aufsichtsbeamten 478 gewerbliche Baugeschäfte, außerdem noch weitere 105 Konzessionsgeschäfte zu erledigen. Die Zahl der Bauarbeiter ist von 18788 in 1904 auf 19877 in 1905 gestiegen. Es erläutert sich diese Zunahme aus der erhöhten Bauarbeitszeit auf dem Lande, wo durch umfangreichere Fabrik, Raststätten, Kirchen, Villen, Gefängnisse usw. Bauten erhöhte Arbeitsgelegenheit geschaffen war. In Niederbayern waren sämtliche Bauarbeiter sehr frühzeitig rege und bei frostiger Herbstwitterung dauernd günstig beschäftigt, nämlich waren Biegeln und Konterfe mit Aufträgen überfüllt, so daß in einer erheblichen Anzahl von gewerblichen Anlagen mit Überstunden gearbeitet werden mußte. Der oberpfälzische Gewerbe-Inspektor berichtet, daß 157 Bau- und 77 Konzessionsgeschäfte zu erledigen waren. In Mittelfranken waren 602 Bau- und Konzessionsgeschäfte zu erledigen, im Augsburger Aufsichtsbezirk 887 gegen 651 in 1904.

Die Bautenkontrolle scheint doch allmählich intensiver ausgeübt zu werden. Im oberbayerischen Bezirk wurden schon gelegentlich der Bedeutung von Neubauten oder baulichen Aenderungen verschriebene Auflagen in Bezug auf Reinigungs pflege gemacht; dabei auch Arbeitsträume und Kellerdachöfen und Hofunterkellerräume beansprucht, und die Baupolizeibehörden, bzw. in München die Polizeiaufsichtskommission, beauftragt in Kenntnis gesetzt. In Niederbayern ergab sich an 33 von 43 besichtigen Bauten in 74 Fällen ein Mangel an den Aushang der oberpfälzischen und Unfallverhütungsvorschriften und der durch diese zur Führung angeordneten Tafeln; in 27 Fällen betrafen die Befestigungen Mangel an Vorbreitern, Geländern, Gerüsten und Befestigung derselben, an Laufstrettern, an 4 Fällen war keine Aufsichtsprüfung bestellt. Dem pfälzischen Bezirk ist folgendes zu entnehmen: Dem Schutze der Bauhandwerke wurde eine rege Aufmerksamkeit zugewendet

und konnte bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die bezüglichen oberpfälzischen Vorschriften nunmehr bessere Beachtung durch Unternehmer und Arbeiter erfahren. Es wurden im ganzen 59 Bauten gegen 88 im Vorjahr revidiert. Bemerkbar wurde das Fehlen von Brustwähren in 29, das von Vorbreitern in 26, von sonstigen Geländern in 19 Fällen. Mangelschäfte Abdeckung war 21 mal, schlechte und zu kurze Leitern waren 15 mal, mangelhafte Gerüste 18 mal zu beanstanden. Es fehlten oder waren mangelhaft die Aborte in 14, die Unterflurräume in 17, die Unterkünfte (oberpfälzische Vorschriften) in 18 Fällen. Das Überhandmauern ohne vorbeschriebene Schüsse, das Steinbänkeln auf Leitern, die Aufzüge und sonstige mangelhafte Einrichtungen waren in 18 Fällen zu beanstanden. Wegen Nichtbeachtung einzelner Bestimmungen der oberpfälzischen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen wurden 8 Unternehmer bestraft. Die oberpfälzische Fabrikinspektion revidierte im Berichtsjahr 19 Bauten, und wurden hierbei 86 Beanstandungen erheben. Der Bollzug der oberpfälzischen Vorschriften vom 24. Juli 1904, insbesondere die Herstellung eines ordentlichen Aufenthalts- und Unterstanzes des Überhandmauerers bestreitend, läßt sehr viel zu wünschen übrig. An wenigen Bauten waren Aufhängersteine oder zweckentsprechende Schüsse für die Überhandmauerenden Arbeiter zu bemerken. Es hat den Anschein, als ob von der alten gebräuchlichen Methode der Erstellung von Bauten durch Überhandmauerer abgegangen werden will. Letzteres ist deshalb im Aufsichtsbezirk so allgemein üblich, weil zum großen Teil verputzte Bauten hergestellt werden, welche besonders glatter und ebener Wände nicht bedürfen. Wegen Aufhängerhandlung gegen obige Vorschriften erfolgte eine Bestrafung in der Höhe von 5 M. Donnerwetter, diese "Strafe" wird aber sofort geprägt haben! In Oberfranken wurde der Bauarbeiterdienst durch 46 Revisionen von Bauten bestätigt, wobei großes Mängel an Gerüsten, Brustwähren und Geländern, in je 4 Fällen mangelhafter Fußbodenbelag und ungenügende Außenhalsträume, in 2 Überhandmauern, in 8 Fällen des Aushangs der oberpfälzischen Vorschriften beanstandet wurden. In Mittelfranken ergaben sich bei der Revision von Bauten mitunter Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Vorschrift der neunstündigen Arbeitszeit für Sandsteinarbeiter in Fällen, in welchen die betreffenden Arbeiter sowohl gelernte Steinbauer als Maurer sind und je nach Bedarf, an manchen Tagen mehrmals wechselnd, mit Steinbauer- und Maurerarbeiten beschäftigt werden. Wie diese Meinungsverschiedenheiten erledigt wurden, wird nicht gesagt. Wir möchten demgegenüber an die Rechtswissenschaft erinnern, nach der im Zweifelsfalle zu Gunsten des Angeklagten entschieden werden soll. Da der Angeklagte in der Justizpflege, der Arbeiter im Arbeitsverhältnis der Schwächer ist, so sollte auch hier zu dessen Gunsten die Meinungsverschiedenheit gelöst werden. Die für Bauten vorgeschriebenen Aushänge fehlten in 6 Fällen. Zum übrigen sind stetige Fortschritte in Bezug auf Unfallverhütung unverkennbar. Jedemfalls ist die Abnahme der Bauunfälle auf Fortschritte in den Schutzberehrungen und die in den hauptsächlich Orten zum Teil steigende Aufsicht zu verfolgen. In Nürnberg findet neben sehr häufigen Bautenkontrollen durch städtische Beamte auch eine eifrigere Bautenkontrolle durch einen Beauftragten der Arbeiterorganisation statt. Aus Unterfranken wird berichtet: Auf Bauten treffen von den obigen 991 Beanstandungen darunter 6 auf Beschaffung von Außenhalsträumen, 11 auf Verbesserung und Reinigung derselben, 8 auf Aborte, 2 auf Abhaltung von Zugluft und je 1 auf Verbüttung schädlicher Dünste (offene Polsterei) und auf die Belebung aufbewahrung. Aus Augsburg und Schwaben wird berichtet: Zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Arbeiter wurde im Berichtsjahr eine Anzahl von Anordnungen getroffen werden. Die Unfälle, die sich beim Hochbau und Eisenbau ereigneten, waren veranlaßt durch Zusammenbruch von Mauern, Gerüsten, Laufstrecken in 6, durch Fall von Gerüsten, Balkenfalen, Leitern, Draufstufen in 5, durch Wagen in 53, durch Heben und Tragen, Auf- und Abladen von Lasten in 21, beim Führer- und Rollbahnbetrieb in 24, durch Ausgleiten, Sicheln in 22, durch Um- und Heraufstellen von Steinen und anderem Material in 28, an Steinen, Winden und sonstigen Hebezeugen in 12, durch Einbinden von Fremdkörpern ins Auge in 4, durch Verleugung an vorstehenden Nageln in 7, durch Gebrauch von Handwurzzeug in 14, durch Einatmen giftiger Gase in 1, durch sonstige Ursachen in 30 Fällen. Auf die Rüdenstage und die gesetzlichen verteilen sich die sämtlichen in diesem Aufsichtsbezirk vorgekommenen 1426 Unfälle folgendermaßen:

| Tage | Anzahl der Unfälle | Vormittags | Nachmittags | Nacht |
|------------------|--------------------|------------|-------------|-------|
| Montag | 201 | 96 | 96 | 9 |
| Dienstag | 239 | 128 | 105 | 11 |
| Mittwoch | 230 | 108 | 110 | 12 |
| Donnerstag | 204 | 79 | 120 | 5 |
| Freitag | 224 | 106 | 108 | 10 |
| Sonnabend | 268 | 120 | 128 | 20 |
| Sonntag | 24 | 12 | 5 | 7 |
| Unbestimmt | 86 | — | — | — |

Sonnabend und Dienstag weisen demnach die meisten Unfälle auf; der früher am meisten belastete Montag ist jetzt von den 6 Wochentagen der günstigste. Dem entspricht auch die Verteilung der Unfälle auf die verschiedenen Tageszeiten an den Wochentagen, der Vormittag der Vormittag in Betracht kommt, nur der Donnerstag ist noch etwas günstiger als der Montag; bezüglich des Nachmittags ist jedoch der Montag wieder am günstigsten und der Sonnabend am ungünstigsten; letzterer auch bezüglich der Nachtsunfälle. Insgesamt kamen 1905 in Bayern 15 289 Unfälle von Unfallverhütung treffen. 112 Unfälle verließen tödlich, 602 hatten schwere Verleugungen zur Folge. Von den tödlichen Unfällen entfielen in Unterfranken 6 auf Bauarbeiter: infolge Absturzes von Gerüsten, Gebäuden, Leitern und dergleichen, 6 auf Einsturz von Erdmassen und ähnlichem.

Im niederbayerischen Aufsichtsbezirk zeigte sich überwiegend die Bohnzahlung für Arbeiter auf Bauten in Wirtschaften als schwer zu befämpfen. Der Wissstand und nur wiederholt auf Abhülfe zu drängen.

Auf zahlreichen Tabellen werden 184 Streiks und 13 Aussperrungen mit den wichtigsten Einzelheiten dargestellt, wobei 24 beg. 2 auf Maurer und Handlanger und Erbäckten entfallen. Diese Kämpfe brachten den Arbeitern manche Erfolge, wie Arbeitszeitverkürzungen, Lohnherabminderungen, Tarifverträge. Einmal war die Aussperrung der Arbeiter in den Ansbacher Baugeschäften. Sie war erfolgt, weil die Arbeiter sich geweigert hatten, einen Neubau zu unterzeichnen, "daß sie unter den seitigen Verhältnissen willig weiterarbeiten wollen". Die Veranlassung an diesem an Rüttigung und Erpressung erinnern den kapitalistischen Terrorismus hatte den Herren der in diesen Baugeschäften ausgeübten Streik gegeben. Die Arbeiter unterzeichneten schließlich mit zwei Ausnahmen den Neubau. Das war eine helle Niederlage, eine heutale Vergewaltigung unserer dortigen Kollegen, und hoffen wir, daß sie die Scharfe bald wieder auswenden.

Die Aufsichtsbeamten konstatieren übereinstimmend, daß die erungenen Lohnherabminderungen und Leistungszulagen durch die eingetretene Verteilung der gesamten Lebenshaltung zum großen Teile wieder aufgewogen wurden. Wo die Bohn gleich geblieben, hat die Lebenslage der Arbeiter eine Verbesserung erfahren. Die enorm geliebten Fleischpreise haben eine ungemein starke Zunahme des Fleischpreis im Jahre 1905 zur Folge gehabt; im Augsburger Aufsichtsbezirk sind im Jahre 1905 6 neue Fleischherbergen erichtet worden. In der Stadt Nürnberg wurden mit 226 089 Schweinen um 17 723 weniger geschlachtet als 1904, mit 919 Pferden dagegen um 187 mehr.

Mehr als je besteht heute die dringende kulturelle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und darum sollten alle noch fernstehenden Kollegen Meurerverbande sich anschließen.

Aus Unternehmertreffen.

* Ein frommer Knecht war Tribolin. Wirklich, treuer Knechte als es die bündige Polizei des Baugewerbes sind, haben die Unternehmer noch nicht gehabt. Bei anderen Berufen beginnt mit dem Zusammenschluß in Berufsorganisationen auch das Selbstbewußtsein aufzuteilen: bei den Polizisten scheint es sich gerade umgekehrt zu verhalten: je mehr sie dazu übergehen, desto beiderseitig zu organisieren, je mehr gebunden sie sich als alstergetreue Handlanger des Unternehmers. Einweile ist auf den "Deutschen Polterbund" aufmerksam, mag für diesesmal außer Betracht bleiben; hier haben wir diesmal ein Dokument erstaunlicher Kriegerlichkeit der Verachtung der Dienstlichkeit preisgegeben. Es führt den Titel:

Werkstattdarungen der Baugewerks-Zinnung "Bauhütte zu Hamburg" und des Bundes der Polizei.

Es heißt da: Die Baugewerks-Zinnung "Bauhütte zu Hamburg" und der Bund der Polizei befinden ihre Abstimmung zu einer gemeinsamen Wirkstätte, um die Erfüllung ihrer zwingenden Aufgaben zu fördern. Das Zusammenwirken dieser beiden ehrlichen Körperschaften wird dann in sieben "Sälen" des näheren Hangesetzt. Gundlach verspricht die Zinnung, nach Möglichkeit dahin wirken zu wollen, daß die Autorität des Polterstandes den Gesellen usw. gegenüber geschützt und gefestigt wird, und daß sie alle bei Zinnungsbeamten beschäftigten Polizei "Bunde" anschließen". Weiter sollen die Mitglieder des Polterbundes bei Besetzung von Polterstellen besonders berücksichtigt werden; falls sie als Polizei nicht angestellt werden können, sollen sie als Gesellen Beschäftigung erhalten und dann gegen etwaige Verhüllungen ihrer Mitarbeiter geschützt werden.

Dafür berprägt der Polterbund, sein Verbrechen, darauf zu richten, daß nur solche Personen als Mitglieder aufgenommen und gebüsbetet werden, die ihrer Fähigung, ihrer Stellung und ihrer Gesinnung (1) nach zu der Vertrauensstellung eines Poliers geeignet sind". In dieser Weise geht es dann weiter. Den Gipfel erreicht die H. Bundesstelle der Polizei dann mit folgendem "Sag": "Der Bund der Polizei ist verpflichtet, die an ihm gerichteten Aufnahmen mitzuteilen und über etwaige Einwendungen die Entscheidung des Vertrauensausschusses einzuhören". Eine solche Selbstbehauptung hat wohl selbst noch keine christliche Organisation vorgenommen, das mußte den h. bündigen Polizisten überlassen bleiben. Ob wohl, seit der Beratung dieser famousen Vereinbarungen ein Polier gewagt hat, auch von der Zinnung zu verlangen, daß sie zu Neuauflnahmen von Unternehmern erst die Einwilligung der Polizisten einholte? Schwierig wohl; er wäre aber auch sicher sofort wegen "ungeeigneter Gesinnung" hinaus bugstiert worden. Der Vertrauensausschuss, der in solchen Dingen das leste Wort redet soll, besteht aus drei Polizisten und drei Zinnungsbeamten, der Vorsitz führt selbstredend immer einen Zinnungsbruder. Das wird wirklich ein nettes Konsil sein.

Den Weg, den hier ein Teil der hamburgischen Polizisten einschlägt, wird vorausgesetzt, die gesamte (christliche) Polizei einzuholen; schon der Zustand, daß sich der "Deutsche Polterbund" 100 M. von den Unternehmern schiessen mußte, um die Herausgabe einer Zeitung zu ermöglichen, zeigte, wohin der Kurs ging. Zu seig, die Wahrnehmung ihrer Rechte in und mit der Gesellenorganisation zu bewirken, ergeben sie sich auf Straße oder Mignade dem Scharfschachertum. Glücklicherweise benfen und handeln nicht alle Polizisten so — merkwürdig.

* Die "Arbeitgeberzeitung" gibt in ihrer letzten Nummer den Jahresbericht unseres Verbandes wieder, zu dem sie nichts weiter zu sagen weiß, als dies:

Vor kurzer Zeit wurden nicht nur an dieser Stelle, sondern auch in anderen Blättern Angaben über die Städte, in welche höheren Wahlen sich neuerdings die englischen Organisationen und Gewerkschaften veröffentlichten, die beispielhaft ihrer Mitglieder angeleget sein lassen, als dies in Deutschland der Fall ist. Der größere Teil der Beitragsgeber der englischen Gewerkschaften

schafften bleibt der Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder, der größte Teil des von den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften erhebten Geldes wird zur Verwaltung der Gewerkschaft, zum Streit und zur Agitation vermaut. Der Redenstaatsbericht einer deutschen Gewerkschaft gleicht immer der Inventur des Nachlasses jener russischen Tänzerin, in der „söner Schmuck mit zahlreichen Diamanten, eine Anzahl seidenen Kleider und ein — kein wenig Wäsche“ aufgeführt wurde.“

Unserer Leser mögen sich daran verlustiften, sie können aber auch sehen, Welch miserabile Arbeit sich die Unternehmer von ihren literarischen Haustheatern gefallen lassen müssen.

Aus anderen Berufen.

* Die Kämpfe in der Metallindustrie lassen bisher noch keine Hoffnung aufkommen, daß der Friede nahe sei. Wohl haben in Dresden und Braunschweig Verhandlungen stattgefunden, eine Einigung konnte jedoch bei dem beispiellos prologischen Verhalten des Unternehmers nicht erzielt werden. Viel eher ist darauf zu rechnen, daß der Kampf eine weitere Ausdehnung erfahren wird. Der Hauptausklang des Verbandes der Metallindustriellen hat Anfang Mai in Berlin getagt und dabei beschlossen, falls die Arbeiter nicht bis zum 7. Mai in allen Streikorten die Arbeit wieder aufgenommen haben, eine Aussperrung aller Metallarbeiter vorzunehmen. Würde dieser genübtliche Plan zur Ausführung gelangen, so würden circa 300 000 Arbeiter dabei in Frage kommen; denn soviel beschäftigen die organisierten Metallindustriellen. Es erfordert indessen ausgeschlossen, daß es den Büttner dieses Gedankens gelingen wird, ihn auszuführen. Die Unternehmer würden sich dabei, ins eigene Fleisch schneiden. Selbst wenn man die ungeheure Schwierigkeit außer Betracht läßt, die ihnen selbst aus einem solchen Gewaltstreit erwächst, so dürften sie schon derum von einer solchen Maßnahmenausperrung Abstand nehmen, weil sie damit alles, was bisher noch unorganisiert bei ihnen herumläuft, in die Organisation treiben. Am Datum, an dem die Aussperrung erfolgen soll, nennt man zwar den 28. Mai, wir glauben aber, daß dieser Tag ruhig ins Land gehen wird, ohne daß die Drohung wahr gemacht wird. Neuerdings sind in Hannover Verhandlungen angeknüpft.

* Die Bewegung der Seelente im Hamburger Hafen ist nunmehr beendet. Leider ohne daß es den Streikenden gelungen ist, die übermächtigen Reeder zu weiteren Zugeständnissen oder auch nur zu Anerkennung der Organisation zu bewegen. Der ungünstige Ausgang ist besonders durch die vielen Streikbrecher verhübt, die die Reeder heranziehen konnten. Demselben traurigen Umstand ist es auch zugeschrieben, daß die Hafenarbeiter, die nach der Maifeier auf zehn Tage ausgesperrt wurden, die Arbeit wieder aufnehmen mußten, ohne Forderungen stellen zu können. Besonders von England hatte sich viel Streikvergesindel eingefunden.

* Die Buchbinderei sind in Berlin in der Anzahl von circa 1200 ausgesperrt worden. Dieser Kampf ist auf die Büttner zurückzuführen. Die Arbeiter ließen am 1. Mai in ihrer überzeugten Weise die Arbeit ruhen, die Unternehmer bezeichneten das als Kontraband und erklärten dadurch den befreienden Tarifbeitrag für aufgehoben. Das ist natürlich eine leere Aussicht, mit der man den Vertragstrümpf mit einem Scheine des Rechts bemüht will; denn zur Aufhebung der Tarifgemeinschaft hatten die Unternehmer in Berlin gar kein Recht, da der Vertrag ausdrücklich mit dem Verband deutscher Buchbindereibetriebe abgeschlossen war; er gilt also noch für andere Orte. Dennoch hat auch nur dieser Verband, nicht aber die Unternehmer eines Ortes, das Recht, den Vertrag zu bindigen resp. aufzulösen. Da die Berliner Unternehmer versuchten, ihre Aufträge in Betriebwerken ausführen zu lassen, so ist es auch schon in Leipzig durch strikte Verweigerung von Streikarbeit zu ersten Differenzen gekommen.

* Der Wärmeverband veröffentlicht seine Jahresabrechnung. Damals betrug die durchschnittliche Mitgliedszahl im Jahre 1905 29 458, das ist gegenüber dem Jahre 1904 ein Mehr von 6807. Die Nettoeinnahme des Verbandes betrug M. 614 090,75, darunter für Verträge und Eintrittsgelder M. 435 070,30. Die Ausgabe betrug M. 591 675,68, es verblieb also ein Überschub von M. 22 519,19. Von den Ausgaben entfielen auf Siedlungen der Verträge M. 207 546,51, in anderen Berufen M. 10 000, auf lokale Ausgaben M. 187 112,95, auf Krankenunterstützung M. 51 275,25, auf Sterbeunterstützung M. 8845, auf Reiseunterstützung M. 7046,47. Das Fazit ergab M. 35 154,50. Das Vermögen betrug M. 326 558,99, davon entfallen auf die Hauptkasse M. 260 690,85.

* Der Bergarbeiterstreit in Nordfrankreich ist ohne Erfolg für die Arbeiter beendet.

Kongresse und Generalversammlungen.

Der Verband der Gastwirtschaften hielt vom 24. bis 27. April seine Generalversammlung in Cöln ab. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1905 3908 gegen 2704 am Schluß des Jahres 1904. In den beiden Jahren wurden 4657 Mitglieder aufgenommen, von denen 2408 wegen rücksichtiger Beiträge gestrichen werden mußten. In den beiden Berichtsjahren hat der Verband 3372 dauernde und 128 574 Ausläuferstellen vermittelt. Nach den ortsüblichen Gebühren hätte für diese Stellen mindestens die Summe von M. 87 176 an die gewerbsmäßigen Stellenvermittler bezahlt werden müssen. Regelrechte Lohnbewegungen sind bisher noch nicht möglich gewesen. Nur bei Ausstellungen und anderen großen Veranstaltungen kam es zu meist spontan ausbrechenden Streit. Die Einnahme betrug M. 185 860,89, die Ausgabe M. 118 745,22. Das Vermögen beziffert sich auf M. 42 600. Der Beitrag wurde von 80 auf 40 g erhöht. Für Rheinland und Westfalen soll ein besoldeter Gauleiter angestellt werden. Unter dem Höfepersonal soll mehr agitiert werden. Ferner wurde folgender Beschluß gefasst: Personen, die alljährlich ununterbrochen länger als sechs Wochen oder dauernd etwa als Ausflügelfahrer, Duffetier, Kapier u. dgl. im Nebenberuf im Gastwirtschaftsgeschäft tätig sind, sind verpflichtet, sich dem Verband deutscher Gastwirtschaften anzuschließen. Andererseits ist darauf zu bringen, daß Mitglieder, die außer im Gastwirt-

gewerbe noch in einem anderen Beruf in dem oben bezeichneten Umfang Beschäftigung finden, ebenfalls der für diesen Beruf zuständigen Organisation beitreten.“

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Krankenkassenunterstützung und Unfallversorgung.** Vor einiger Zeit beschäftigten sich die Gerichte mit einer Frage, die für die Krankenkassen von großer Bedeutung ist: Es handelt sich darum, ob die Krankenkassen verpflichtet sind, ein von einem Unfall betroffenes Mitglied während der ganzen für Erkrankte statutarisch festgelegten Unterstützungsperiode zu unterstützen, oder ob sie berechtigt sind, sobald die Unterstützungsfrist der Unfallversicherung eintritt, die Unterstützung einzustellen. Die Krankenkassen haben bisher die Praxis beobachtet, daß sie, wenn mit Ablauf der dreizehn Woche die Unfallversicherung eintrat, mit der Unterstützung aufhörten, sich dabei auf die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes stützend. Dagegen wurde vielfach eingewendet, daß trotz dieser Vorschriften die Krankenkassen während der vollen statutarisch festgelegten Dauer die Unterstützungsfrist zählen müßten. Die Spruchpraxis der Gerichte in dieser Frage ist keine einheitliche; im Regelfall des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist die Angelegenheit, wie wir schon kurz mitgeteilt haben, zum prinzipiellen Ausdruck gekommen, und die Urteilsgrundsätze liegen jetzt vor. Zum befreiten Verständnis wollen wir den in Rede stehenden Fall kurz recapitulieren. Ein Arbeiter, B. in Lübeck hatte einen Unfall erlitten und mußte über 26 Wochen im Krankenhaus verpflegt werden. Die Krankenkasse gewährte nur das Krankengeld für die ersten 13 Wochen; mit Beginn der 14. Woche hatte die Berufsgenossenschaft der Krankenkasse mitgeteilt, daß sie die weiteren Verpflichtungen gegen B. übernehme. Dieser verlangte aber die Auszahlung des Krankengeldes für die statutarisch festgelegte Dauer von 26 Wochen; mithin betrug das Klagesobjekt 13 Wochen Krankengeld, gleich M. 163. Das Oberlandesgericht als höchste Instanz verurteilte die Kasse zur Zahlung der eingetragenen Summe. Begründet wird u. a. ausgeführt: „Die Verpflichtung der eingetriebenen Helferlosen, den von Unfällen betroffenen Arbeitern Unterstützungen zu gewähren, wird durch das Gewerbe- Unfallversicherungsgesetz nicht berührt. Die Helferlosen hat nur, wenn sie in Erfüllung ihrer Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet hat, für den dem Unterstützten nach Maßgabe des Gewerbe- Unfallversicherungsgesetzes ein Entschädigungsanspruch aufsteht, einen Erfassungsdruck gegen die Berufsgenossenschaft, der durch die Überwerbung des Rentenanspruchs des Verletzten oder eines Teiles dieses Anspruchs an sie zu erfüllen ist. Diese Vorschrift ist durch das Gesetz vom 26. Mai 1905 betreffend weitere Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes nicht bestätigt, insbesondere nicht durch die neue Bestimmung, daß die Krankenunterstützung im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens erst mit dem Ablauf der 26., nicht wie bisher schon der 13. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges endet. Mit Unrecht beruft sich die Beklagte auf Woedttes Kommentar zum Unfallversicherungsgesetz. In diesem, dessen 5. Auflage 1901, also vor der erweiterten Krankenversichervolle, erschienen ist, wird ausgeführt, daß auch statutarische Wehrleistungen der Kassen, die also das Maß der gesetzlichen Mindestleistungen übersteigen, trotz der Vorschriften des Gesetzes in Kraft bleiben, und daß die Verpflichtung der Krankenkassen, die von ihnen geschuldete Unterstützung zu gewähren, dem berechtigten Verletzten gegenüber in vollem Umfang aufrecht zu erhalten sei, also nicht nur für diejenige Zeit, in der aus der Unfallversicherung nichts geleistet werde (Karenzzeit), sondern auch insoweit, als die Berufsgenossenschaft einzutreten habe. Für den legeren Fall gibt dann aber der Abfall II des § 25 der Kasse der Berufsgenossenschaft gegenüber einen Anspruch auf Ertrag. Wie Woedtke weiter ausführt, haben die Berechtigten sich zunächst an die Krankenkasse zu wenden; die Berufsgenossenschaft leistet der Kasse mit den aus § 25 Absatz 4 und 5 folgenden Entlastungen Ertrag für die Auslagen und gewährt dem berechtigten den ihm von ihr geschuldeten Mehrbetrag. An diesem Ergebnis ändert die völlig richtige Erwagung nichts, daß die Verpflichtungen aus der Unfallversicherung insofern prinzipieller Natur sind, als ihnen eine Erleichterung aus der nebenher bestehenden Verpflichtung anderer Einheiten nicht erwächst, daß vielmehr im endgültigen Ergebnis diese anderen Einheiten — Kassen — insoweit erleichtert werden, als ihre Leistungen auch von der Berufsgenossenschaft zu erfüllen sind. Man darf sich dadurch nicht irre machen lassen, daß unter Betonung dieses Umstandes die Verpflichtungen der Kassen für die zweiten 13 Wochen häufig als „subjektiv“ bezeichnet werden. Das sind sie in dem doppelten Sinne, daß diese Auswendungen im Endergebnis die Berufsgenossenschaft treffen und daß der Verletzte, dem sie von ihr geleistet sind, sie nicht auch noch von der Kasse fordern kann. Nicht dagegen in dem Sinne, daß der Verletzte schon dann keine Ansprüche an die Kasse hätte, wenn die Berufsgenossenschaft erklärt: sie erkenne den Anspruch des Verletzten aus dem Unfallversicherungsgesetz an und sei bereit, ihn zu erfüllen. Solweit sich ihre Verpflichtungen dem Verletzten gegenüber erheben, stehen ihm die Kasse und die Berufsgenossenschaft als Gesamtobhüter gegenüber. Daraus folgt aber, daß die Schuld der Kasse nur durch Zahlung seitens der Berufsgenossenschaft getilgt wird.“ Unter Hinweis auf die legislative Behandlung der Materie wird weiter ausgeführt: „Eine wichtige Änderung gegen den früheren Rechtszustand ist aber durch die Novelle vom 26. Mai 1908 eingetreten. Vor der Novelle stand der Helferlosen frei, ihre Überpflichtung neben der Berufsgenossenschaft über die 13. Woche hinaus durch ihr Statut auszuweichen. Von dieser Novelle hatte auch die Beklagte Gebrauch gemacht, indem sie in dem § 12 ihres Statuts vom 21. Juni 1899 bestimmte: „Soll die Krankheit folge eines Betriebsunfalles, so erlischt die Verpflichtung der Kasse mit dem Tage, von welchem an der Erkrankte auf Grund der Rechtsgekte über Unfallversicherung Entschädigung beansprucht.“ Mit dem Zustretzen der Novelle mußte diese Bestimmung fallen, in richtiger Erkenntnis der Sachlage wurde sie gestrichen. In der jetzt zur Entscheidung stehenden Sachlage ist, wie die Beklagte nicht bestreitet, keine Zahlung seitens der Berufsgenossenschaft erfolgt, die Schuld der Beklagten ist nicht getilgt.“

Polizei und Gerichte.

* **Summe Justiz.** Von der Anklage des Betruges freigesprochen wurde vom Schöffengericht Medingenhausen der Freigefestigte des örtlichen Bauarbeiterverbandes Frantz Rogge. Er hatte unserem Heilverein bekanntlich während der vorjährigen Aussperrung bei Berechnung der Unkosten für gemeinsam abgeholte Verhandlungen M. 6 zu viel abgenommen, indem er auch die Kosten für drei von seiner Organisation schon früher abgeholte Verhandlungen auf das gemeinsame Konto verrechnete. Dieser Tatbestand wurde vor Gericht festgestellt. Festgestellt wurde ferner, daß Rogge noch zweimal angegangen wurde, die Originalrechnung zu zeigen, was er jedoch unter nichtlängen Gründen zu „umgehen wußte. Er selbst gab die Täuschung zu, will jedoch nur aus „Irrtum“ gehandelt haben. Das Gericht nahm dies auch als glaubhaft an. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte selbst die Freisprechung beantragt. „In eigenartigem Gegensatz zu dem angeblichen „Irrtum“ des Rogge steht nun aber die Tatsache, daß das Gesetz bis jetzt noch nicht zurücksiegt. Ist ja noch mehr, Rogge meinte nicht auf dem Gerichtsort vor, nach der Verhandlung, wenn wir unser Geld haben wollten, müßten wir Zwangsmaßnahmen anstrengen. Und trotzdem war es nur ein „Irrtum“! Der Mann muß eine eigentümliche Moral haben.“

* **Streikländer.** Durch Urteil des Schöffengerichts zu Krappis in Obergleisien waren die Maurer, Franz Koch und Anton Bias am 5. Februar d. J. wegen Verbrechens gegen § 165 der Gewerbeordnung und § 185 des Strafgesetzbuchs zu vier und sechs Wochen Gefängnis für ein Jahr verurteilt worden. Auf ihre gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelagerte Berufung hörte das Landgericht zu Oppeln das Urteil auf, sprach Koch von der gegen ihn erhobenen Anklage fre und verurteilte Bias zu einer Geldstrafe von M. 20 oder vier Tagen Gefängnis. Die Berufungsinstanz stellte folgendes Sachverhalt fest:

Amfang November 1905 war auf dem Neubau des Graf von Henfelschen Papierfabrik zu Krappis ein Maurerstreit ausgebrochen, an welchem der Maurer Wattolit sich nicht beteiligte. Als dieser am 20. November 1905 nach der Mittagspause wieder zur Baustelle ging, traf er auf der Oppelner Chaussee am Bahnhofsvorhang der Neustadt-Gogoliner Eisenbahn die beiden Angeklagten, die nach Krappis gekommen waren, um als Vertreter des Centralverbandes der Maurer Deutschlands den Streit zu leiten. Maurer Wattolit wurde von den Angeklagten, in deren Gesellschaft sich noch ein dritter unbekannter Mann befand, angehalten und gefragt, ob er denn nicht wisse, ob gefreit werde und ob er nicht „organisiert“ sei. Auf Wattolits Antwort, er sei Mitglied des Centralverbandes, entgegneten die Angeklagten, ob er denn da nicht müßte, was er zu tun hätte und wiesen ihn auf die Sichtaten des Verbandes hin, insbesondere deren über den Streit Grechende aus dem Verband ausgekämpft werden. Wattolit erwiderte hierauf: „Ich bin hier zu Hause, und da muß ich arbeiten“, und setzte seinen Weg fort. Der Angeklagte folgte ihm einige Schritte und redete ihm zu, doch nicht zur Arbeit zu gehen, und dadurch seinen Mitarbeitern die Lohnherhöhung zu verdenken. Wattolit ließ jedoch diesen Einwirkungen gegen ihn unzweckmäßig und ging ruhig weiter. Als der Angeklagte Bias dies sah, rief er dem Angeklagten Koch zu: „Lasse doch die Bettie.“ Wattolit drehte sich auf Bias um und sagte: „Eine Bettie für sich.“ Koch ging nun zurück und rief dem Wattolit noch nach: „Wir werden schon noch zusammenkommen.“ Der Maurer Wattolit traf unmittelbar nach diesem Vorfall auf seinem Wege zur Arbeitsstelle mit dem auf der Straße patrouillierenden Polizei-Begegnanten Hörel zusammen, der aus einer gewissen Entfernung den Vorgang beobachtet hatte und nun den Wattolit befragte, was die Männer von ihm gewollt hatten. Wattolit stand Niede und Antwort und berichtete insbesondere auch, daß Bias dem Koch in Beziehung auf ihn, den Wattolit, zugesetzt habe: „Lasse doch die Bettie“, erwähnte aber nichts von den ihm seitens des Koch noch zuletzt nadgerufenen Worten.

Die Angeklagten geben zu, den Maurer Wattolit auf der Chaussee angehalten zu haben, bestreiten aber, den Vertrag gemacht zu haben, ihn durch Überleitung oder Drohung von der Arbeit abzuhalten; sie wollen vielmehr lediglich den Wattolit als Mitglied des Centralverbandes auf die Sichtaten des Verbandes und auf die Pflichten der Solidarität hingewiesen haben. Bias insbesondere leugnet, den Wattolit beleidigt zu haben; möglicherweise habe die Neuherzung „Lasse doch die Bettie“ einer der zur fraglichen Zeit zahlreich auf der Straße auftretenden anderen Arbeiter getan, der die angeblichen Verbrüder, Wattolit zu beeinflussen, beabsichtigt habe.

Bias zunächst diese Neuherzung anfangt, so hatte das Berufungsgericht keinen Zweifel, daß sie in der Tat Bias getan hat. Es ist zunächst nicht anzunehmen, daß eine dritte unbekannte Person das Gespräch zwischen Wattolit einerseits und den Angeklagten Koch und Bias andererseits, in dem irgendwie auffallender Form nicht geführt worden ist, so genau verfolgt hätte, daß er zu jener Neuherzung veranlaßt worden wäre. Wattolit hatte auch damals den bestimmten Eindruck, daß Bias es war, der ihm die Worte: „Lasse doch die Bettie“, zugesetzt habe, denn er drehte sich sofort nach ihm um mit den Worten: „Eine Bettie für sich“ und, teilte gleich hinterher dem Polizei-Begegnanten Hörel mit, daß Bias ihn in der angegebenen Weise beschimpft habe. Die strafrechtliche Beurteilung der Neuherzung anlangt, so hat das Berufungsgericht das Erfüllsein des Tatbestandes des § 153 der Gewerbeordnung verneint. Allerdings ist die Neuherzung: „Lasse doch die Bettie“, als Überleitung angesehen. Voraussetzung ist jedoch ferner, daß die Überleitung als Mittel gediengt hat bzw. dienen sollte, die Beleidigten zur Teilnahme an den in § 182 der Gewerbeordnung bezeichneten Verabredungen zu bestimmen.

Im vorliegenden Falle kommt aber eine solche mit der Freiheit stehenden Neuherzung in Verbindung stehende Absicht des Angeklagten Bias nicht in Betracht. Im Gegenteil ist aus der Form der an den Angeklagten Koch, welcher seine Bemühungen, den Wattolit für den Streit zu gewinnen, fortsetzte, gerichteten Neuherzung: „Lasse doch die Bettie“, deutlich ersichtlich, daß die Absicht des Bias lediglich darin gegangen ist, den Koch von der Fortsetzung der als verdeckt und überflüssig erkannten weiteren Einwirkung auf Wattolit abzuhalten. Die Aussperrung des Bias ist nicht

in Bezug auf den in der Zukunft liegenden Zweck der Bevölkerung des Wattolit, sondern einerseits aus Angst über die Feindseligkeit des bisherigen Bevölkerungsvertrages, anderseits zu dem Zwecke, dem Mitangestellten noch weitere ausichtslose Bemühungen zu ersparen, getan.

Dies füllt die Unwürdigkeit des § 153 der Gewerbeordnung aus. Dagegen stellt die fragliche Neuerung unbedingt eine Beleidigung dar, und zwar, da sie auf offener Straße geschah und von einer unbestimmt Anzahl von Personen, welche gerade damals die Straße passierten, gehört werden konnte, eine öffentliche.

Was den dem Angestellten noch zur Last gelegten Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung betrifft, so hat auch bezüglich seiner das Berufungsgericht die bezügliche Schlußfrage verneint.

Die Neuerung, welche noch dem Wattolit nachgerufen hat: „Wir werden schon noch zusammenkommen“, enthält schon objektiv seine Drohung im Sinne des angezogenen Gesetzes; denn aus ihr geht nicht mit genügender Deutlichkeit hervor, daß dem Wattolit ein Uebel in Aussicht gestellt werden sollte; die Neuerung kann sich vielmehr ebenso gut darauf beogen haben, daß noch den Wattolit wegen seines mangelschaften „Solidaritätsgefühls“ bei Gelegenheit später zur Rede stellen werde, ohne ihm hierbei jedoch ein Leid einzufügen.

Irgend welches Gewicht hat auch Wattolit auf jene Neuerung, als er sie hörte, nicht gezeigt, geschweige daß er sich durch sie in seiner Sicherheit bedroht gefühlt hätte; dem Polizeisergeanten Höfle, mit dem er ein ausführliches, leidenschaftliches Gespräch geführt haben, wobei er ihm die von Bias zugesetzte Beleidigung erzählte, hat er nämlich von einer Drohung des noch nichts gezeigt, was er sicher getan hätte, wenn eine nach dieser Richtung erhebliche Neuerung des noch gefallen wäre.

Nach Ablauf ist nicht tatsächlich festgestellt, daß die Angestellten am 20. November 1904 zu Krappis gemeinschaftlich den Maurer Wattolit durch Drohung bezw. Schrecken zu bestimmen verachtet haben, Verabredungen zum Bevölkerung günstiger Wohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu lassen. Dagegen, hat das Berufungsgericht für tatsächlich festgestellt erachtet, daß der Angestellte Bias am 20. November 1905 zu Krappis den Maurer August Wattolit wörtlich beleidigt hat, und zwar öffentlich.

Das erste Urteil war demgemäß aufzuheben und der Angestellte noch vor der Auflage nach § 153 der Gewerbeordnung freizusprechen. Der Angestellte Bias ist dagegen, da Strafantrag seitens der Mutter des Beleidigten als der gesetzlichen Vertreterin frist- und formgerecht gestellt ist, aus § 185 Str.G.B. zu bestrafen. Bei der Strafumsetzung fielen einerseits die Vorstrafen des Angestellten ins Gewicht und anderseits erschien strafmildernd der Umstand, daß der beleidigte Maurer Wattolit, obgleich er bereits über 18 Jahre alt, mithin berechtigt war, selbständig einen Strafantrag zu stellen, hierzu abgesehen und auch in der erneuten Hauptverhandlung ausdrücklich erklärt hat, daß er keinen Wert auf Bevölkerung des Bias lege.

Der Strafantrag ist vielmehr von der Mutter des Wattolit entzogen worden.

Berschiedenes.

Achtstundentag im Maurerwerbe. In der Stadt Cadiz haben noch einer Meldung der „Frankl. Btg.“ aus Madrid die Maurer auf gütlichen Wege die Gewährung des Achtstundentags angestrebt und die Unternehmer sind nach einem Börgern auch zu dem Entschluß gekommen, diese Forderung in vollem Umfang zu erfüllen. — Sollte in Deutschland unmöglich sein, was in Spanien möglich ist?

* Über die größten Bahnhöfe der Welt bringt der „Welt-Kurier“, die reichhaltig illustrierte Monatszeitung für Meile und Verkehr, folgende interessante Angaben: An erster Stelle steht der Hauptbahnhof von St. Louis mit 39450 qm Grundfläche und 82 Gleisen, dann folgen Boston - Südbahnhof, Paris - St. Lazare, Frankfurt a. M., Dresden, Boston - Nordbahnhof, Köln-Hauptbahnhof. Der im Bau begriffene Leipziger Hauptbahnhof umfaßt 85550 qm und 26 Gleise und wird nach seiner Vollendung der größte Bahnhof der Welt sein. Der Hauptbahnhof München mit 21070 qm Grundfläche und 16 Gleisen in der Halle nimmt die achte Stelle unter den Bahnhöfen ein.

* Gewaltige Naturereignisse, ungeheure elementare Katastrophen haben in den letzten Wochen zwei Staatenländer betroffen. Jeder unserer Leser wird durch die Tagespresse darüber unterrichtet sein. In Italien, am lachenden Golf vor Neapel, bewirkte der Zusammenbruch des Bebens eine schreckliche Zerstörung. Ganz Ortschaften wurden durch Lahmtrümme und Aschen- und Steinregen zerstört. Viele Menschenleben fielen dem Wütens des Berges zum Opfer. Noch hatte er sich nicht völlig beruhigt, als aus Kalifornien die Nachricht von einem entsetzlichen Erdbeben kam, das noch weit schrecklichere Verwüstungen als jenes vulkanische Ereignis anrichtete. Am härtesten wurde die blühende, über 400 000 Einwohner zählende Stadt San Francisco betroffen. Winnen einige Stunden hat das Erdbeben und das durch dieses zum Ausbruch gebrachte Feuer die Stadt fast vom Boden herabgerissen. Tausende von Menschenleben sind vernichtet; Hunderte von Millionen, vielleicht Milliarden von Werten sind zerstört.

Das Erdbeben kam keineswegs ganz überraschend und unerwartet. Kalifornien wird andauernd von Erdbeben betroffen, wie ja auch die Bildung seiner fruchtbaren Täler und der goldenen Pforte (Meerenge), die die Bay von Kalifornien mit dem Ozean verbindet, das Werk solcher Erdenzitterungen sind. Seit dem Jahre 1800 traten in dem Gebiete der nordamerikanischen Union neben zahlreichen geringeren Beben nicht weniger als 23 Katastrophenbeben auf, d. h. solche, bei denen Erdbeben sich bildeten, die auf unbestimmten Stellen und Menschen um Leben kamen. Von diesen 23 Beben traf die übergroße Mehrzahl (16) das pacifische Gebiet, Kalifornien, und auch von diesen hatte nur die kleinere Zahl ihren Hauptpunkt südlich von San Francisco, bei Los Angeles, während die größere Zahl das sogenannte Epizentrum (Ort des Hauptstofes) unmittelbar bei San Francisco, teilweise, d. h. 1861 und 1888, im Weichbild der Stadt selbst halten. Eine Erdbebenartie der letzten

Jahrzehnte zeigt, wie ein förmlicher Strudel von Erdbeben das Goldene Tor umfaßt und an der Zerstörung des Küstengebietes arbeitet. Danach war schon lange für San Francisco eine Katastrophe zu befürchten; wie sie am 18. April eingetreten ist. Über der Lebenskreis der Stadt am Goldenen Tor ist schließlich noch nicht abgeschlossen; über der durchbarten Zerstörung darf man nicht vergessen, daß dieselben Kräfte, die sich jetzt so zerstörend betätigten, die glänzende Lage von San Francisco geschaffen haben und weiter schaffen, eine Lage, die gebietsspezifisch nach der Stadt verlangt, welche sich zur Beherrscherin des Stillen Oceans entwickeln muß.

So schrecklich derartige Katastrophen auch sind, so haben sie doch nicht selten eine erhebliche kulturelle Wirkung, indem sie den Menschen anstreben zu höherer Leistung zwecks seiner Sicherung gegen zerstörende Naturkräfte. Beim Wiederaufbau wird man die notwendigen Lehren aus dem furchtbaren Ereignis ziehen, und das neue San Francisco wird feuerfester und erdbebensicher sein. Auch zur gefunden Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Zustände und Einrichtungen regt das gewaltige Unglück an. So hat z. B. der große Brand von dem Hamburg im Jahre 1842 betroffen wurde, die Veranlassung zu bedeuten den die Menschen auf den verschleierten Gebieten des östlichen Weltens, insbesondere auch im Bauwesen, gegeben. Und als seinerzeit Chicago von dem großen Brandungslod befreit wurde, da erwies sich dieses naphter als ein Glück für die Stadt und die ganze Union. Denn der Brand hatte den ungewönden und leidenschaftlichen Feind der Stadt vernichtet, der Wiederaufbau aber legt an die Stelle der Holzbaracken glänzende Steinbauten; er veränderte das Bild der Stadt und brachte gleichzeitig der amerikanischen Industrie in weitem Umfang Arbeit und Gewinn. Nach den schweren Erdbeben in Frisco wurden hauptsächlich niedrige Häuser gebaut, erst die letzten Jahre brachten mit dem Vergessen jener aus alten Anglisch gezeigten Lehren auch nach San Francisco die riesigen unteritalianischen Bauten, Steinmire und Molenbräker, die sich jetzt als so verberhlich erwiesen haben.

Bei ihrer Wiederaufstellung wird man sich schwerlich so leicht enttäuschen. Maßgebende Personen, denen auch die notwendigen Mittel zur Verstärkung stehen, haben schon beschlossen, San Francisco als eine der schönsten Städte der Welt aus der Asche erste zu lassen. Die Arbeitet sollen an der Westseite begonnen werden, wo neue alte und neue Lagerhäuser mit einem Aufwand von 25 Millionen Dollars angelegt werden sollen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 23 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir her vor: Die Wahlen in Frankreich. Von K. K. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. Von Wilh. Sartor.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Wilh. Braun (Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Quartal M. 1,20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert). Heft 20 des 2. Bandes. Aus dem Inhalt heben wir her vor: Glossen: Licht im Orient — Mettel die Kinder — Der machthafte Staat — Juristischer Kindermord — Innerstaatliches Recht — Mag. Maurenbrecher: Enteber — Ober — Albert Thoma: Nach den französischen Wahlen. — * * * Die Eröffnung der Duma.

Der „Wahrer Jacob“ hat soeben die 10. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Johle“ und „Der Einzug der Mächte in den Haag“. Der Preis der 16 Seiten Heft kostet 10 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

An die Schriftführer! Es sind wieder verschiedene Anfragen resp. Beschwerden über nicht aufgenommene Berichte teils an uns, teils an den Vorstand gelangt. Wir weisen darum nachmal besonders alle Schriftführer darauf hin, daß wir als Büroschriften, die lediglich über das Stattdienst von Versammlungen berichten, fürscheinbar abwesen müssen. Eine Ausnahme kann nur bei solchen Versammlungen gemacht werden, die sich mit Angelegenheiten der Sozialbewegung beschäftigen oder sonst für die Allgemeinheit wichtige Fragen behandeln. Wir werden in Zukunft die nach diesen Grundlagen abgelehrten Berichte jedesmal kurz an dieser Stelle bekannt geben, damit die Einsender wissen, woran sie sind. In übrigen glauben wir, bei dieser Maßregel alle ehrlichen Verbandskollegen auf unserer Seite zu haben.

Berichte werden abgeschickt: Herford, Seesen, Beuren, Witten, Königswalde, Augsburg und Ulm. Nordhausen. Bei diesem Stadium der Lohnbewegung ist noch in keinem Falle vor Zugang gewarnt. Auch bei Nordhausen können wir das nicht tun. Über glauben Sie, daß Nordhausen eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Streitbrecher ausübt?

Weichenball, M. Sch. Ihrem Artikel müssen wir leider die Aufnahme verlegen, weil wir für solche Sachen keinen Platz haben. Dann sind wir aber auch der Meinung, daß sich unsere Mitglieder besser mit anderen für sie nützlicheren Dingen als mit dem Erlernen irgend eines der vielen Stenographie-Systeme beschäftigen sollten. Praktischen Wert wird die Stenographie für die Mehrzahl unserer Mitglieder niemals erlangen, weil ihnen dazu die nötige Vorbildung, Beherrschung der deutschen Sprache, fehlt. Gruß erwidert!

Nürnberg, C. Sch. Geben Sie die Erklärung, daß Sie die Beleidigung zurücknehmen, in der Verhandlung ab. Ein Urteil dieses Inhalts können wir nicht aufnehmen.

Wilsenau. Nein, das tut der Verband nicht. Wir können Ihnen auch keine Stelle angeben.

Breslau, H. M. Bericht mußte zurückbleiben, da er erst kurz vor Schluß des Blattes eintraf.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Alt-Schaumburg. Am 28. April verschied nach schwerem Leiden unter treuer Verbandsmitglied Wilhelm Grandext im Alter von 43 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Cürtin. Am 7. Mai starb unser Verbandskollege Friedrich Raesch aus Cenovis im Alter von 58 Jahren an Dungenessindung.

Eppelheim. Am 8. Mai starb unser Verbandskollege Philipp Friedrich Trebes im Alter von 37 Jahren an Magenleiden.

Gr. Wofern. Am 6. Mai starb nach langem Leiden unser Verbandskollege Fritz Hannemann im Alter von 68 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Guben. Am 2. Mai starb unser Kollege Paul Gablenz im Alter von 37 Jahren an Baderkrankheit.

Karlsruhe-Bretten. Am 8. Mai starb unser Verbandskollege Wilh. Konnanz im Alter von 19 Jahren (Erkrankt früher). Langen i. Hessen. Am 5. Mai starb unser Verbandskollege Adam Sallwey im Alter von 61 Jahren an Tuberkulose.

Löwenberg. Am 30. April starb unser Verbandskollege August Gehler nach kurzem Leiden an Dungenessindung im Alter von 85 Jahren.

Ludwigslust. Am 30. April starb unser treuer Verbandsmitglied Christian Bachmann im 81. Lebensjahr an Herzkrankheit.

Meißen. Am 4. Mai starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Mitglied Ernst Hickmann an den Folgen eines Betriebsunfalls.

Schleswig. Am 7. Mai starb unser Verbandskollege Julius Mus im Alter von 55 Jahren an Herzschlag. Ehre ihrem Andenken!

München.

Das Bureau befindet sich vom 20. Mai an in der Hans-Sachsstraße 4/1, Seitengebäude. [M. 1,20]

Salzwedel.

Der erste Vorstand des Zweigvereins, A. Wagener, wohnt Ackerstr. 11. Jeder hier arbeitssuchende Kollege hat dort zu melden. [M. 1,50]

Horst-Emscher. Der Käffler Otto Brand wohnt Horsterstr. Hermannstr. 3. [M. 1,20]

Bückeburg und Umg.

Sonntag, den 27. Mai, Nachmittags 4 Uhr:

* Stiftungsfest *

im Mismannschen Saal zu Bückeburg.

Damen frei. — Herren 75 Pf. Die Kollegen von nah und fern sind hierdurch freudlich eingeladen. [M. 3,80] Das Festkomitee.

[M. 1,80] Reichenhall.

Sonntag, den 20. Mai, feiert der Zweigverein sein Zehnjähriges Stiftungsfest.

Alle Kollegen sind hierzu freudlich eingeladen.

Nebra.

Sonntag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr:

Erstes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Ball.

Alle Kollegen von Nebra und Umgegend sind hierzu freudlich eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Verksammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntags, den 19. Mai. Heringen. Abends 8 Uhr bei Wohlfahrt Blume. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 20. Mai. Hamm I. W. Nachmittags 8 Uhr.

Ohlau. Abends 8 Uhr im Gaffhof, Stadt Ohlau.

Dienstag, den 22. Mai. Allenburg. Abends 8 Uhr im „Über“.

Sorau. Abends 7 Uhr in der „Stora“. Referent anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mittwoch, den 23. Mai. Berlin-Osten I. Abends 8/4 Uhr in der „Königsbank“, Frankfurterstr. 117.

Berlin-Südwest. Abends 8/4 Uhr bei Habel, Bergmannstr. 6/7.

Sonntag, den 27. Mai. Döbeln. Abends 8 Uhr im „Grafen“.

Hintersee. Mittags 12 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesschreibung.

Wusterhausen. Abends 11 Uhr im Freitagslokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.